

# TÄTIGKEITSBERICHT 2016-2020



# Inhalt

Schiffbau

55

	Einleitung
5	Stärker durch Zusammenhalt
8	2020 - ein Jahr, das unser Leben und unsere Arbeit veränderte
	Politische Prioritäten
18	Industriepolitik
27	Unternehmenspolitik
34	Tarif- und Sozialpolitik
39	Aufbau von Gewerkschaftsmacht (AvGM)
	Branchennetzwerke
43	Luft- und Raumfahrt
14	Automobil
47	Metallerzeugung und -bearbeitung
18	Chemikalien & Grundstoffe
50	Energie
51	IKT
53	Maschinenbau
54	Arzneimittel

57	Textil, Bekleidung, Leder & Schuhe
58	Wehrtechnik (Ad-hoc-Netzwerk)
	Sozialdialoge
61	Sozialdialog Chemie & Pharma
63	Sozialdialog Elektrizität
64	Sozialdialog Rohstoffindustrien
65	Sozialdialog Gas
65	Sozialdialog Metall- und Elektroindustrie
67	Sozialdialog NEPSI (Europäisches Netzwerk Quarzfeinstaub)
67	Sozialdialog Papier
68	Sozialdialog Schiffbau
70	Sozialdialog Stahl
71	Sozialdialog TBLS
	Horizontale Arbeitsgruppen
74	Gleichstellungspolitik
75	Jugend
78	Angestellte





## Stärker durch Zusammenhalt

Die zweite Mandatsperiode von industri All Europe begann im Juni 2016 mit unserem Kongress in Madrid. Es war der Beginn einer intensiven Zeit, in der wir im Einklang mit unserem Aktionsplan Aktivitäten in vier Schwerpunktbereichen entwickelten: Tarifpolitik, Industriepolitik, Unternehmenspolitik und Aufbau gewerkschaftlicher Stärke.

Die Transformation unserer Industrien, getrieben durch Dekarbonisierung, Digitalisierung und die Energiewende, und unseren Forderungen nach einer Handelspolitik, die gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäischen Industrien garantiert, waren wesentliche Treiber für zahlreiche Aktivitäten, Kampagnen und Stellungnahmen im Bereich Industriepolitik.

Um diese Transformation zu gestalten und die Interessen der Arbeitnehmer\*innen in den im Wandel befindlichen Branchen zu sichern, brauchen wir einen guten sozialen Dialog und starke Tarifverhandlungen. Das war die zentrale Forderung und das Ziel unserer Kampagne "Together at Work". Diese Kampagne war ein beeindruckender Erfolg, und sie kam zum richtigen Zeitpunkt, denn Tarifverhandlungen sind eine Voraussetzung, um den Wandel zu meistern und eine faire Transformation für die Arbeitnehmer\*innen zu sichern.

Im Bereich Unternehmenspolitik haben wir weiter an der Stärkung der Arbeitnehmerbeteiligung auf Unternehmensebene gearbeitet. Die Stärkung der Europäischen Betriebsräte, effektive Anhörungsrechte und eine stärkere Koordination bei Umstrukturierungen waren nur einige unserer Schwerpunkte.

Der Aufbau gewerkschaftlicher Stärke war eine neue Priorität für industriAll Europe. Wir haben eine neue Abteilung geschaffen, die unsere Aktionen in diesem Bereich koordiniert und Mitgliedsorganisationen bei Kampagnen zum gewerkschaftlichen Organising unterstützt hat. Initiativen zur Stärkung der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis wurden auch auf sektoraler Ebene ergriffen, wobei der Schwerpunkt auf (aber nicht nur) Mittel- und Osteuropa lag.

In der letzten Mandatsperiode hat industriAll Europe auch ihre branchenbezogene Arbeit ausgeweitet, ebenso wie die Arbeit mit der Jugend, der wachsenden Gruppe von Angestellten in unseren Mitgliedsorganisationen und im Bereich Gleichstellungspolitik.

Unsere Arbeit wurde durch verschiedene Projekte unterstützt und diente als Input für die 11 sektoralen Sozialdialogausschüsse auf europäischer Ebene, an denen industriAll Europe beteiligt ist.

Wir können positiv auf die Ergebnisse unserer Arbeit seit dem letzten Kongress im Jahr 2016 blicken. Sie sind die Früchte unserer kollektiven Arbeit: der gemeinsamen Anstrengungen all unserer Mitgliedsorganisationen und der Mitarbeiter\*innen von industriAll Europe. Diese EINHEIT - der



Schlüssel zu unserem gemeinsamen Erfolg - war eine der Hauptbotschaften unseres Kongresses 2016. Rückblickend können wir feststellen, dass die vergangene Mandatsperiode größtenteils, wenn auch nicht immer, von viel Konsens geprägt war - Konsens, bei dem sich größere und kleinere Gewerkschaften gleichermaßen gehört und einbezogen fühlten, in einem Geist und einer Kultur des Dialogs, der Solidarität und des Respekts. Diesen Weg müssen wir unbedingt fortsetzen.

Der Kongress, der ursprünglich für das Jahr 2020 geplant war, musste aufgrund der COVID-19-Pandemie verschoben werden. Diese Pandemie hat viele Arbeitnehmer\*innen betroffen und viele Gewerkschaften vor große Herausforderungen gestellt. IndustriAll Europe hat während der gesamten Pandemie versucht, Einigkeit und einen Mehrwert für unsere Mitgliedsorganisationen zu schaffen. Dieser Tätigkeitsbericht gibt auch einen Überblick über die Aktivitäten, die wir seit und als Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch entwickelt haben.

Im Jahr 2020 fand ein Wechsel in der politischen Führung von industriAll Europe statt. Die beiden 2016 gewählten stellvertretenden Generalsekretäre Luis Colunga und Benoît Gérits verließen die Organisation zum Ende ihres Mandats. Der stellvertretende Generalsekretär Sylvain Lefebvre hatte die Organisation vereinbarungsgemäß bereits Ende 2018 verlassen. In seiner Sitzung am 1. Juli 2020 beschloss der Exekutivausschuss von industriAll Europe, zwei neue stellvertretende Generalsekretärinnen zu ernennen: Isabelle Barthès und Judith Kirton-Darling. Beide nahmen ihre politischen Aufgaben sofort auf.

2016-2021 war eine sehr intensive Zeit. Ohne den herausragenden Beitrag unserer Mitarbeiter\*innen hätten wir die genannten Ergebnisse nicht erreichen können. Dafür danken wir ihnen ausdrücklich, denn ihr Engagement war außergewöhnlich.

Abschließend möchte ich mich im Namen unserer Mitarbeiter\*innen bei allen Mitgliedsorganisation, allen Gewerkschaftsaktivist\*innen und -funktionär\*innen für ihren aktiven Beitrag zu unseren Aktivitäten bedanken. Wir mögen auf verschiedenen Ebenen agieren (betrieblich, regional, national oder europäisch), unterschiedliche Hintergründe und Kulturen der Arbeitsbeziehung haben, aber wir arbeiten alle auf das gleiche Ziel hin: die Verteidigung und Stärkung der Rechte und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder und aller Arbeitnehmer\*innen in der Industrie. Und um dies zu erreichen, werden Einigkeit, Konsens und Solidarität zwischen uns allen weiterhin entscheidend sein!





**Luc Triangle** Generalsekretär

## Hinweis:

Der folgende Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum Juni 2016 bis Dezember 2019 (Abgabetermin für die einzelnen Berichte). Die wichtigsten Aktivitäten im Anschluss und während des verlängerten Mandatszeitraums aufgrund der Covid-19-Pandemie werden in einem eigenen Kapitel am Anfang des Berichts behandelt.





# 2020 - ein Jahr, das unser Leben und unsere Arbeit veränderte

Am Ende des letzten Berichtszeitraums befand sich industriAll Europe mitten in den Vorbereitungen für ihren dritten Kongress, der im Mai 2020 in Thessaloniki (Griechenland) hätte stattfinden sollen. Die tägliche Arbeit des Sekretariats und der Ausschüsse konzentrierte sich auf den Umgang mit der grünen und digitalen Wende in unseren Branchen und auf die Stärkung der Tarifverhandlungen und Arbeitnehmerbeteiligung sowie der Gewerkschaften insgesamt. Das Jahr begann mit der Veröffentlichung des europäischen Grünen Deals und der Konsultation der Sozialpartner zu einem möglichen europäischen Mindestlohn – zwei der zentralen Prioritäten der neuen EU-Kommission. Neben den politischen Entwicklungen gab es erfolgreiche Initiativen zum Aufbau von Gewerkschaftsmacht, darunter die Organisation einer großen Konferenz in Berlin gemeinsam mit UNI-Europa und der IG Metall.

Im Februar 2020 wurde jedoch klar, dass sich eine weltweite Pandemie ausbreitete, von der auch Europa nicht verschont bleiben würde – zu diesem Zeitpunkt war Norditalien bereits extrem stark betroffen. In der zweiten Märzwoche 2020, nur acht Tage nach der Veröffentlichung einer mit Spannung erwarteten neuen europäischen Industriestrategie, wurden in vielen europäischen Ländern Lockdown-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verhängt. Das Leben hat sich verändert – vielleicht für immer.

Mit der Verschärfung der Pandemie wurde klar, dass die Vorbereitungen für den im Juni 2020 geplanten Kongress gestoppt werden müssen. Es wurde vereinbart, die Kongressperiode bis Juni 2021 zu verlängern. In dieser Zusammenfassung für das Jahr 2020 werden in Ergänzung zu dem bereits für den abgesagten Kongress 2020 erstellten Tätigkeitsbericht alle wichtigen Tätigkeiten von industriAll Europe im Jahr 2020 aufgeführt.

Die Pandemie und die Lockdown-Maßnahmen haben die Arbeitsweise von industriAll Europe, unseren Mitarbeiter\*innen und unserer Bewegung insgesamt stark verändert. Persönliche Treffen und Sitzungen waren plötzlich nicht mehr möglich, und es wurden verschiedene technologische Lösungen für virtuelle Sitzungen getestet. Ab April wurden sowohl die internen als auch die externen Sitzungen komplett online abgehalten. In der Praxis bedeutete dies, dass es mehr Gelegenheiten für Treffen und häufigere Sitzungen der politischen und Branchenausschüsse, der Arbeitsgruppen sowie der BTUP-Taskforce mit Verdolmetschung in mehr Sprachen und niedrigere Hürden für die Teilnahme an Sitzungen gab (insbesondere für Kolleg\*innen, die aus Kosten- oder Zeitgründen oft nicht an Sitzungen teilnehmen konnten). Darüber hinaus hat sich das Netzwerk Arbeits- und Gesundheitsschutz von industriAll Europe von einer E-Mail-Liste interessierter Mitglieder zu einer aktiven Arbeitsgruppe entwickelt, die eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung spezifischer COVID-19-bezogener Arbeitsschutzbelange spielte.





Das Hauptaugenmerk des Sekretariats lag während der gesamten Zeit darauf, einen Mehrwert für die Mitgliedsorganisationen zu schaffen und sie in dieser beispiellosen Krise nach besten Kräften zu unterstützen. Dazu führte das gewählte Führungsteam im September und Oktober eine Reihe von regionalen Gesprächen mit Gewerkschaftsführer\*innen und Mitgliedern des Exekutivausschusses. Dies stellte eine Innovation dar, um persönliche Treffen auf nationaler Ebene zu ersetzen. Im Rahmen dieses Informationsaustauschs konnte das Verständnis der jeweiligen nationalen Situation sowie der wichtigsten EU-Debatten verbessert werden.

Trotz der raschen Ausbreitung der Pandemie war industriAll Europe in der Lage, eine Reihe von Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedsorganisationen und Mitglieder in ganz Europa zu ergreifen. Dazu zählt insbesondere der Start unserer Info-Webseite "COVID-19 Monitor", die das Zusammentragen von nationalen und sektoralen Maßnahmen und Vereinbarungen sowie den Austausch zwischen den Mitgliedsorganisationen ermöglichte. So wurde auch der Austausch von bewährten Verfahren zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie sichergestellt. Anfänglich lag der Schwerpunkt auf dem Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Definition systemrelevanter Produktion und der Förderung von Programmen zur Einkommensunterstützung und für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Leider musste auch Zeit dafür aufgewendet werden, die Interessen der Arbeitnehmer\*innen gegen die Versuche einiger Unternehmen zu verteidigen, die Krise für Umstrukturierungen zu nutzen.

Ab April kam es dann zu einer ersten Welle COVID-19-bedingter Umstrukturierungen, vor allem bei den großen OEM-Herstellern (sowohl in der Automobil- als auch in der Luftfahrtindustrie). Im Laufe des Sommers folgte eine zweite Welle bei den Top-Tier-Zulieferern. Darüber hinaus wurden infolge angekündigter Umstrukturierungen, Fusionen und Übernahmen (u. a. bei ArcelorMittal, General Electric, GFG Alliance, Alstom-Bombardier, Nokia) zahlreiche Ad-hoc-Gruppen für die



Alstom-Bombardier-Aktionstag 16. Juli 2020, Werk Santa Perpètua





Gewerkschaftskoordinierung organisiert sowie grenzüberschreitende Arbeitskämpfe (z. B. bei Alstom-Bombardier) und Solidaritätsaktionen (u. a. mit Kolleg\*innen von Nissan, Whirlpool, EDF und Hitachi ABB) koordiniert. Dies hat dazu geführt, dass die Arbeit von industriAll Europe im Bereich der gewerkschaftlichen Koordinierung auf Unternehmensebene und der gemeinsamen Strategieentwicklung stark zugenommen hat.

Im Laufe des Jahres 2020 hat industriAll Europe die Unterstützung für Gewerkschaftsvertreter\*innen in multinationalen Unternehmen verstärkt. Neben dem Monitoring und der Beratung in Bezug auf EBR- und SE-(Neu-)Verhandlungen entwickelte industriAll Europe praktische Instrumente und Ressourcen. Dazu zählten unter anderem eine gemeinsame Liste von EBR-/SE-BR- Ansprechpartnern in den Mitgliedsgewerkschaften und eine Reihe von Empfehlungen zu spezifischen Themen (Digitalisierung, Brexit – Aktualisierung).

Angesichts der massiven Umbrüche im Zuge der Pandemie wurde diese Reihe um Empfehlungen zur Antizipation und Bewältigung der COVID-19-Krise in multinationalen Unternehmen, zur vorübergehenden Nutzung von virtuellen EBR-/SE-BR-Sitzungen sowie zur gewerkschaftlichen Koordinierung vor und während transnationaler Umstrukturierungen erweitert. Dank der in den letzten Jahren aufgebauten guten Arbeitsbeziehungen wurden einige dieser Empfehlungen gemeinsam mit den anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden ausgearbeitet.

Gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden und dem EGB setzte sich industriAll Europe außerdem bei Veranstaltungen, durch Aktionen (u. a. Online-Petition und Mobilisierungswoche im November 2020) sowie an die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten gerichtete Erklärungen für eine bessere Einhaltung und Durchsetzung der Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung sowie der EBR-Rechte ein. Die Kampagne für mehr Demokratie am Arbeitsplatz wird bis 2021 fortgeführt.

Auf sektoraler Ebene zeigte sich, dass in einigen Branchen (z. B. Metallerzeugung und -bearbeitung oder Automobil) bereits bestehende Krisen und Transformationen verschärft und beschleunigt wurden, während der plötzliche Wirtschaftseinbruch in anderen Bereichen (z. B. Luft- und Raumfahrt, TBL + Schuhe) zu einer Krise führte. In Reaktion darauf wurde eine Reihe von Stellungnahmen im schriftlichen Verfahren angenommen, darunter der Stahlaktionsplan (Mai 2020), eine gemeinsame Stellungnahme mit den Sozialpartnern im Bereich TBL + Schuhe zu COVID-19 (Juli 2020) und gemeinsame Leitlinien der Sozialpartner zur Sicherheit im Chemiesektor (Juli 2020).

In der virtuellen Sitzung des Exekutivausschusses im Juli wurde vereinbart, dass nach dem Ausscheiden von Luis Colunga und Benoit Gerits bis zum Kongress im Jahr 2021 Isabelle Barthès und Judith Kirton-Darling als neue stellvertretende Generalsekretärinnen ins gewählte Team aufgenommen werden. Der Exekutivausschuss erörterte und verabschiedete auch den Fahrplan von industri All Europe bis zum Kongress im Jahr 2021 – insbesondere durch die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms für den Zeitraum Juli 2020 bis Juni 2021. Die Sitzung des Exekutivausschusses war die erste Gelegenheit, alle Mitgliedsorganisationen an einen Tisch zu bringen, und – wie das





Protokoll zeigt – gab es allgemeine Unterstützung und Anerkennung für die Reaktionsschnelligkeit und die Vorgehensweise von industriAll Europe bei der Bewältigung der Krise.

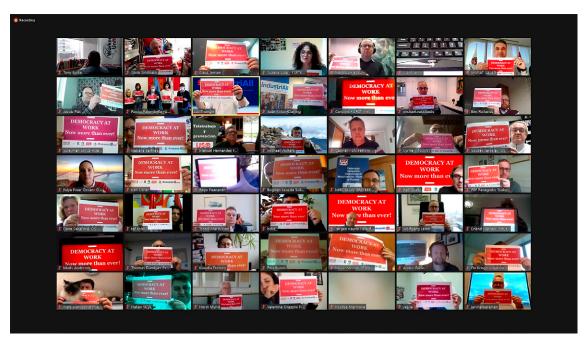
Außerdem wurde eine umfassende Stellungnahme zu COVID-19 verabschiedet, die sich mit der Realität für unsere Mitglieder und den Vorschlägen der Kommission zur Bewältigung der Krise und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung befasst. Konkrete Forderungen in Bezug auf die Gesundheit, das Einkommen und die Arbeitsplätze der Beschäftigten, den Erhalt unserer Industriezweige sowie ein geeintes und entschlossenes Europa, wurden dargelegt und an politische Entscheidungsträger\*innen auf nationaler und europäischer Ebene übergeben.

Diese Stellungnahme stützte sich auf das Know-how aller drei politischen Ausschüsse und markierte einen Schwenk in der internen Arbeit von industriAll Europe hin zu stärkerer Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Ausschüssen und den Branchennetzwerken. In einer Reihe von – meist im schriftlichen Verfahren angenommenen – branchenspezifischen Stellungnahmen wurden spezifische Gewerkschaftsforderungen für Konjunkturmaßnahmen in den Branchen Automobil (Juli 2020), Luft- und Raumfahrt (September 2020), Schiffbau und maritime Ausrüstungen (November 2020) sowie NE-Metalle (November 2020) festgelegt. Diese ergänzten die früheren Stellungnahmen zum europäischen Stahlaktionsplan und zur Branche TBL + Schuhe.

Auf EU-Ebene markierte der Europäische Rat im Juli mit der Annahme eines umfangreichen Aufbaupakets für Europa mit dem Titel NextGenerationEU einen Meilenstein. Es wurde vereinbart, ein gemeinsames Konjunkturprogramm in Höhe von 750 Mrd. € mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 (Haushaltsplan der EU) zu kombinieren (was eine finanzielle Schlagkraft von 1,8 Billionen € ergibt), um die EU aus der durch COVID-19 verursachten Wirtschaftskrise zu führen. IndustriAll Europe hat sich zusammen mit dem EGB für dieses Aufbaupaket eingesetzt und seine Verabschiedung im Europäischen Parlament aktiv beeinflusst. Dies erfolgte auch durch gemeinsame Initiativen mit den Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene, die sicherstellen sollen, dass die Mittel des Aufbaufonds eine industrielle Erholung anstoßen, Fairness beim doppelten Übergang gewährleisten, den Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Ländern stärken und als vorrangiges Ziel Arbeitsplätze sichern. Es wurden zahlreiche Treffen mit Kommissar\*innen und deren Mitarbeiter\*innen, mit MdEP und deren Mitarbeiter\*innen sowie mit dem EU-Ratsvorsitz organisiert, um die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten.

Nach dem Sommer wurde die hohe Frequenz der virtuellen Sitzungen der drei politischen Ausschüsse, der Branchennetzwerke, der BTUP-Taskforce und der horizontalen Arbeitsgruppen fortgesetzt. Der Exekutivausschuss zog am 24. und 25. November Bilanz, prüfte die Ergebnisse dieser Arbeit und verabschiedete insbesondere eine aktualisierte Stellungnahme zu COVID-19, zum EU-Aufbauplan und zu den flankierenden Maßnahmen, die erforderlich sind, um Gleichstellung und Maßnahmen für junge Menschen zu gewährleisten. Stellungnahmen zum europäischen Grünen Deal und zur vorgeschlagenen Anhebung der EU-Klimaziele, zu den neuen EU-Strategien für erneuerbare Offshore-Energie und Wasserstoff sowie die Antwort auf eine Konsultation zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem wurden angenommen bzw. zur Kenntnis genommen.





Exekutivausschuss, November 2020

Nach einer zweiten Runde der Anhörung der Sozialpartner und der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs wurde in der Sitzung auch über den vorgeschlagenen europäischen Mindestlohn diskutiert. Hier hat der Tarif- und Sozialpolitische Ausschuss in Abstimmung mit dem EGB umfangreiche Arbeit geleistet. Der Exekutivausschuss verabschiedete außerdem Stellungnahmen zur Digitalisierung und Telearbeit – die die Notwendigkeit einer besseren Regulierung der "neuen Normalität" für viele Arbeitnehmer\*innen widerspiegeln.

Angesichts der enormen Bedrohung, die die COVID-19-Krise für gewerkschaftliches Organising darstellt, hat der Exekutivausschuss einen Maßnahmenplan für den Aufbau von Gewerkschaftsmacht 2021–2022 mit dem Titel "Starke Gewerkschaften mit starken Tarifverträgen für das Wiedererstarken der industriellen Produktion" verabschiedet, um die Mitgliedsorganisationen bei der gemeinsamen Kampagne zur Stärkung der Gewerkschaftsmacht und Tarifverhandlungen zu unterstützen.

Schließlich wurden die neuen EU-Initiativen zur allgemeinen und beruflichen Bildung vorgestellt und diskutiert – insbesondere der von der Kommission im November ins Leben gerufene Pakt für Kompetenzen sowie sektorspezifische Initiativen zu Kompetenzen in den Branchen Automobil, Luftund Raumfahrt, Schiffbau und Textil, die mit Arbeitgebern und anderen Berufsbildungsakteuren durchgeführt werden.



# Sektor Wichtigste Entwicklungen 2020 Luft- und • Verabschiedung des Positionspapi Raumfahrt mit MdEP, der Kommission und Ur

- Verabschiedung des Positionspapiers "Auf dem 'Flug' in die Erholung" und Treffen mit MdEP, der Kommission und Unternehmen
- Unterzeichnung des "Aviation Round Table Report" (Bericht über den Runden Tisch Luftverkehr): Forderung nach einem gezielten europäischen Hilfsprogramm für den Luftverkehr und einem EU-Pakt für nachhaltige Luftfahrt
- Dekarbonisierung des Sektors und Auswirkungen auf die Arbeitnehmer\*innen (in Erwartung der Luftfahrtstrategie der Kommission im Q1 2021)
- Unterstützung des Paktes für Kompetenzen in der Luft- und Raumfahrt sowie im Verteidigungssektor

## Automobil

- Erklärung "Für eine Erholung der europäischen Automobilindustrie und ihre Beschäftigten" (Juli 2020): Folgetreffen mit GD Grow, MdEP und anderen Interessenträgern
- Treffen mit dem TRAN- und EMPL-Ausschuss des EP über die Zukunft der Automobilindustrie (Ergebnis: Schreiben der S&D an die Europäische Kommission, in dem dringend "ein starker Rahmen für den gerechten Übergang in der Automobilindustrie und verwandten Industrien, um die sich derzeit abzeichnende massive Umstrukturierungswelle zu bewältigen", gefordert wird (Sept. 2020). Aktive Beteiligung an dem von der TRAN-Ausschussvorsitzenden Karima Delli (FR – Grüne) koordinierten EP-Verfahren zur Zukunft der Automobilindustrie.
- Unterstützung der Initiative "Skills4Jobs" (Vorschlag von ACEA, CLEPA u. a., die Projekte ALLBATTS und DRIVES als Grundlage für die Kompetenzallianz zu nutzen).
   Teilnahme an der am 10. November 2020 offiziell von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen Kompetenzallianz für die Automobilindustrie

## Metallerzeugung und -verarbeitung

- Europäischer Stahlaktionsplan: laufende Kampagne (einschließlich europäischer Stahlaktionstag am 1. Oktober)
- Strategiepapier für NE-Metalle (in Konsultation): um sektorspezifische Herausforderungen aufzuzeigen und Gewerkschaftsforderungen aufzustellen
- Schutzmaßnahmen für Stahlerzeugnisse: Die derzeitigen Maßnahmen laufen im Juli 2021 aus, und die Gewerkschaften fordern eine Untersuchung zur Verlängerung der Maßnahmen.

## Chemie und Grundstoffe

- · Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit im Oktober veröffentlicht
- Dekarbonisierung der chemischen Industrie(n)
- Folgemaßnahmen zum Digitalisierungsprojekt der Sozialpartner: Digitalisierung und Chancengleichheit, Digitalisierung und Arbeitsschutz (Chemie, Pharma, Kunststoff und Gummi)
- Renovierungswelle (Glas, Zement)
- Steuerauf Kunststoff, Kunststoffrecycling (Vorgaben), Verbot von Einwegkunststoff
- Zellstoff und Papier: Masterplan für den industriellen Wandel und Vision 2050 für die Holz- und Forstwirtschaft
- Industriestrategie und Ökosysteme
- Attraktivität des Sektors





## Sektor

## Wichtigste Entwicklungen 2020

## Verteidigung

- Auftaktveranstaltung des laufenden, von der GD EMPL finanzierten Projekts "EU-Verteidigungspolitik: Zu einer stärkeren industriellen Integration. Möglichkeiten zur Antizipation des Wandels für die Beschäftigten?"
- Die Diskussionen im Branchennetzwerk konzentrierten sich auf die Herausforderungen von Unternehmen, die sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Geschäftsbereich haben. Verteidigungsbudgets im nächsten MFR. Die anstehende politische Diskussion um den Strategischen Kompass, aber auch der erste umfassende CARD-Bericht werden die Debatten weiter prägen.

## **Energie**

- Für alle Teilsektoren: Auswirkungen von COVID-19 auf die Energiewende und die Unternehmen und Beschäftigten im Energiesektor
- Gas: Potenzial von erneuerbarem Gas und Wasserstoff, gemeinsame Erklärung mit Eurogas und EGÖD zum gerechten Übergang und gemeinsamer Projektantrag zur Energiewende und Beschäftigung in der Gaswirtschaft
- Elektrizität: Aktionsrahmen zur Digitalisierung, Projekt "Skills2Power", Fonds für einen gerechten Übergang und bewährte Verfahren
- Netzwerk Energie: EU-Strategie für sauberen Wasserstoff, Strategie für erneuerbare Offshore-Energie, Fonds für einen gerechten Übergang und diesbezügliche regionale Pläne sowie Start der Plattform für einen gerechten Übergang, Vollmitglied der hochrangigen Gruppe für energieintensive Industrien

## Rohstoffördernde Industrien

- · Aktionsplan Rohstoffe (Entwurf einer Erklärung im SSDA)
- Arbeitsschutzstandards in KMU
- Gerechter Übergang in Kohleregionen: Unterstützung für Mitgliedsorganisationen, die an Sozialplänen für den Kohleausstieg arbeiten.

## IKT

- Auswirkungen der anhaltenden Pandemie auf den Sektor: beschleunigte Digitalisierung der Unternehmen des Sektors, Telearbeit ist oft zur "neuen Normalität" geworden und einige Unternehmen versuchen, von der Situation zu profitieren, indem sie ihre Ausgaben für Büroinfrastruktur usw. reduzieren.
- Diskussion darüber, wie Arbeitnehmer\*innen für die Arbeit von zu Hause/erhöhte Ausgaben für z. B. Energiekosten, Breitbandinternetanschluss usw. entschädigt werden können, aber auch darüber, wie die Entfremdung von den Kolleg\*innen und vom eigentlichen Arbeitsplatz verhindert werden kann. Da die Digitalisierung auch ein Schwerpunkt des Aufbauplans ist und 20 % der Mittel – neben 37 % für den grünen Übergang – in den digitalen Bereich investiert werden sollen, stellt sich die Frage, wie der Sektor in Europa am besten genutzt werden kann.
- IndustriAll Europe hat sich auch an der öffentlichen Konsultation zum Weißbuch über künstliche Intelligenz beteiligt. Der Beitrag beruht auf den Forderungen, die im Policy Brief "Artificial Intelligence: Humans must stay in command" (Künstliche Intelligenz, Kontrolle muss beim Menschen bleiben) von industriAll Europe dargelegt wurden.



Sektor	Wichtigste Entwicklungen 2020
Maschinenbau	<ul> <li>Widerstandsfähigkeit der Lieferketten und Abhängigkeit der Branche von anderen Sektoren wie z. B. der Automobil- oder Luftfahrtbranche: Zahlungsausfälle, verzögerte oder nicht angenommene Aufträge oder vorübergehend nicht benötigte Dienstleistungen wie z. B. Wartung oder Erstinbetriebnahme von Aufzügen.</li> <li>Investitionen in digitale und grüne Technologien sowie in die Reduzierung des CO2-Fußabdrucks von Maschinen. Europäische Leitinitiativen wie der Grüne Deal oder die Kreislaufwirtschaft werden die Branche vor große Herausforderungen stellen, und an hohen Investitionen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wird kein Weg vorbeiführen.</li> <li>Im Sektornetzwerk wurde auch weiter die laufende Überarbeitung der Maschinenrichtlinie (2006/42/EG) erörtert.</li> </ul>
Pharmazeutika	<ul> <li>Arzneimittelstrategie für Europa: Arbeit für gute Arbeitsplätze, gute Weiterbildung, FuEul und Produktion in Europa</li> <li>Teilnahme von iAE an hochrangigen Konferenzen zu EU-Maßnahmen zur Krebsbekämpfung und Arzneimittel</li> <li>iAE unterstützt die EU-Zusage zur pharmazeutischen Zusammenarbeit bei COVID-19-Impfstoffen</li> </ul>
Schiffbau	<ul> <li>Papier zur wirtschaftlichen Erholung (in Konsultation): Darlegung der zentralen Themen in Bezug auf Industriepolitik, Handel, Nachhaltigkeit und Sozialstandards</li> <li>Kompetenzen: USWE-Projekt (Erasmus+) läuft im November 2020 aus und EU-Pakt für Kompetenzen als nächster Schritt</li> <li>Handel und Gewährleistung von fairem Wettbewerb: Mitgliedschaft in der OECD WP6 bleibt wichtig</li> </ul>
TBL + SCHUHE	<ul> <li>Gemeinsame Erklärung der Sozialpartner zu den Auswirkungen von COVID-19</li> <li>Wichtige EU-Dossiers: EU-Textilstrategie, Sorgfaltspflicht und Überarbeitung des APS</li> <li>EU-finanziertes SD-Projekt mit COTANCE zu sozialer und ökologischer Verantwortung und Einreichung eines Projektantrages zum Kapazitätsaufbau in Südosteuropa</li> </ul>



Neben diesen Tätigkeiten hat industriAll Europe weiterhin eine aktive Rolle in einer Reihe von EU-Projekten übernommen, sowohl allein als auch gemeinsam mit den entsprechenden Arbeitgeberverbänden. 2020 ist insbesondere ein neues von der Europäischen Klimastiftung finanziertes vierjähriges Projekt mit dem *Just Transition Centre* des IGB zum Thema gerechter Übergang und Dekarbonisierung angelaufen, in dessen Rahmen Rundtischgespräche zu erneuerbaren Offshore-Energien (ausgerichtet von dänischen Mitgliedsorganisationen) und zur Schwerindustrie in Mittel- und Osteuropa (ausgerichtet von bulgarischen Mitgliedsorganisationen) organisiert werden. Parallel dazu hat industriAll Europe die Arbeit an eigenen EU-finanzierten Projekten zu den Themen Dekarbonisierung, Umstrukturierung und Digitalisierung aufgenommen.

Nach einer ersten Reihe von regionalen Seminaren zum Thema faire Gestaltung der Digitalisierung für die Arbeitnehmer\*innen beschloss industriAll Europe, das Projekt um regionale Webinare zu erweitern, um eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen von COVID-19 auf die Digitalisierung unseren Branchen vorzunehmen. Im Rahmen des 2020 gestarteten EU-finanzierten Projekts "Antizipieren und Gestalten" soll neben der Unterstützung der gewerkschaftlichen Ad-hoc-Koordinierung in spezifischen Unternehmensfällen das EMB-Handbuch zu transnationalen Umstrukturierungen aus dem Jahr 2006 aktualisiert werden, um Gewerkschaftsvertreter\*innen auf Unternehmensebene praktische Anleitungen und politische Empfehlungen an die Hand zu geben. Am Jahresende erfuhr das Sekretariat, dass die Projektanträge zum Aufbau von Gewerkschaftsmacht im südeuropäischen Sektor TBL + Schuhe und mehrere Projekte zum sozialen Dialog genehmigt wurden – und mithin die Arbeit für 2021 festgelegt wurde.

2020 war für unsere Gesellschaften und unsere Bewegung ein außergewöhnliches und beispielloses Jahr. Unser vorrangiges Ziel bei industriAll Europe war es, in engem Kontakt zu bleiben sowie Solidarität und Einigkeit zu zeigen, auch wenn die Pandemie nicht alle Länder im gleichen Tempo oder im gleichen Ausmaß getroffen hat. Während Impfstoffe entwickelt und im Laufe des Jahres 2021 auch verimpft werden, werden die Gewerkschaften bei der Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie weiter eine wichtige Rolle spielen. Auch dies wird nicht in allen Ländern oder Gewerkschaften in gleicher Weise der Fall sein, und deshalb ist Solidarität jetzt wichtiger denn je.



Die Kampagne der Stahlbeschäftigten wurde 2020 europaweit unterstützt

# Politische Prioritäten



# **Industriepolitik**

## Bewältigung der tiefgreifenden industriellen Transformation

Vor der aktuellen COVID-19-Krise haben wir ein Wachstum der europäischen Wirtschaft erlebt. Durch den Wirtschaftsaufschwung wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, etwa 12 Millionen seit 2013. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 26 Millionen im Jahr 2013 auf 16 Millionen im Jahr 2019. Die öffentliche Finanzlage hat sich deutlich verbessert, und die Investitionen haben endlich angezogen. Die Arbeitslosenquote sank von 12% auf 7% - der niedrigste Stand seit einem Jahrzehnt. Doch erst 2017 erreichte die Industrieproduktion in der verarbeitenden Industrie wieder das Vorkrisenniveau. Die zwischen 2013 und 2017 geschaffenen 1,6 Millionen Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie blieben weit hinter den 4,6 Millionen Arbeitsplätzen zurück, die während der Finanzkrise verloren gingen.

Darüber hinaus hat die Finanzkrise tiefe Narben hinterlassen: 12,4 Millionen Menschen sind immer noch arbeitslos (im Vergleich zu 24 Millionen auf dem Höhepunkt der Krise, Anfang 2013), während viele neue Arbeitsplätze befristet oder Teilzeitarbeitsplätze sind. Die Arbeitslosigkeit im Süden Europas ist nach wie vor unannehmbar hoch. Die Unterbeschäftigung (unfreiwillige Teilzeitarbeit, entmutigte Arbeitnehmer\*innen, die nicht mehr für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen) übersteigt die Gesamtarbeitslosenquote. Der Prozess der Lohnkonvergenz zwischen West- und Mitteleuropa ist zum Stillstand gekommen. Hinzu kommt das Entstehen einer neuen informellen



Luc Triangle bei den EU Industry Days 2019





Wirtschaft, die sich aus der wachsenden Zahl von Gig-Arbeiter\*innen zusammensetzt, die für Internet-Plattformen arbeiten. Das Lohnwachstum insgesamt ist gedämpft. Die Sparmaßnahmen wurden schrittweise zurückgefahren, sie hatten jedoch tiefgreifende Folgen für Länder wie Griechenland, wo das reale Pro-Kopf-BIP um 20% zurückging.

Außerdem scheint es, dass wir uns nach sechs Jahren der Erholung dem Höhepunkt des Konjunkturzyklus nähern. In der europäischen Wirtschaft zeichnet sich ein wirtschaftlicher Abschwung ab. Gleichzeitig gibt es kaum einen Spielraum für geldpolitische Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken, da die kurzfristigen Zinssätze bereits negativ sind.

Das veränderte wirtschaftliche Umfeld führte dazu, dass sich die Aktivitäten des Ausschusses für Industriepolitik von der Bekämpfung der Sparmaßnahmen und der neoliberalen Heilmittel auf die Entwicklung von Vorschlägen verlagerten, wie das nachgiebigere makroökonomische Umfeld genutzt werden kann, um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, die Industrieproduktion zu steigern, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Industrie zu finanzieren und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe zu schaffen.

Gleichzeitig versuchte der Ausschuss für Industriepolitik, die Risiken zu identifizieren, die das künftige Wachstum behindern könnten, und Antworten auf die vielen strukturellen Herausforderungen zu formulieren, denen unsere Volkswirtschaften gegenüberstehen. Die meisten Megatrends waren bereits zum Zeitpunkt des Kongresses 2016 in Madrid zu beobachten (Globalisierung, alternde Bevölkerung, Digitalisierung, kohlenstoffarme Wirtschaft, Energie und Klimawandel). Allerdings hat sich ihr Erscheinungsbild im Laufe der Jahre verändert, und es entstehen neue Risiken und Herausforderungen für die Industrie:

- 2017 wurde das Pariser Abkommen unterzeichnet, und es folgte der zutiefst beunruhigende Bericht des Weltklimarates (veröffentlicht im Oktober 2018). Infolgedessen sahen wir einen globalen Klimaaktivismus, und der Schutz unseres Planeten wurde zu einer Priorität der politischen Tagesordnung. In ihrem neuen Klimaplan 2050 ("Ein sauberer Planet für alle») legte die EU das äußerst ehrgeizige Ziel fest, bis 2050 Kohlenstoffneutralität zu erreichen. Dies wird eine besondere Herausforderung für unser Verkehrssystem und die Schwerindustrie darstellen.
- Ebenfalls 2017 wurden die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie bieten eine gemeinsame Blaupause für eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene. Die EU muss sich der Herausforderung stellen, diese in ihre Entscheidungsprozesse zu integrieren.
- Das Konzept einer Kreislaufwirtschaft hat sich rasch entwickelt.
- Die Besorgnis über die Digitalisierung der Wirtschaft und die Folgen für die Arbeitsplätze wächst. 'Industrie 4.0' wurde zu einem neuen Schlagwort. Künstliche Intelligenz (KI), die Schaffung eines "Internet der Dinge» und die Einführung von 5G sind zu wichtigen Herausforderungen für die Industriepolitik geworden.
- Gleiches gilt für die Entstehung einer neuen informellen Wirtschaft (die 'Gig'-Wirtschaft auf der Grundlage digitaler Plattformen) und





- die wachsende Macht der "digitalen Giganten».
- Der EU mangelt es an Widerstandsfähigkeit bei der Bewältigung künftiger Wirtschaftskrisen. Es ist nicht gelungen, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen, die dringend erforderlich ist, da die EU immer noch einen wohlhabenden Norden und eine weitaus fragilere südliche Peripherie umfasst.
- Autoritäre populistische Parteien gewinnen an Zuwachs, und ihre irreführende Erzählung zieht Menschen an. Dies kann zur Destabilisierung unserer Demokratien führen.
- Wirtschaftsprotektionismus (America First!, Brexit), Handelskriege und die tiefe Krise der WTO könnten das Ende der auf multilateralen Regeln basierenden Handelsordnung bedeuten.
- Der Einfluss Chinas auf die Weltwirtschaft wächst.

## Industriepolitik

Im Hinblick auf die Europawahlen im Jahr 2019 arbeitete der Ausschuss für Industriepolitik einen neuen Aktionsplan (Juni 2018) aus, der eine Aktualisierung des Manifests 2014 darstellt. Das Dokument mit dem Titel "Unsere Zukunft fertigen" wurde in vielen Workshops und Konferenzen ausführlich diskutiert. Es ermöglichte uns, unsere Ansichten zur Industriepolitik auf systematische und integrierte Weise zu präsentieren und bildete die Grundlage für Diskussionen mit wichtigen Interessengruppen. Gemeinsam mit der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) wurde industriAll Europe erstmalig vom Europäischen Rat eingeladen, um ihre Vision der Zukunft der europäischen Industrie vorzustellen.

Der Ausschuss für Industriepolitik zog eine Bilanz der neuen Mitteilung der Europäischen Kommission zur Industriepolitik. Er bedauerte, dass die Kommission keine umfassende Strategie vorgeschlagen hat, so wie in einer Entschließung des Europäischen Parlaments gefordert. Dennoch begrüßte der Ausschuss die Liste ehrgeiziger Maßnahmen, die von der derzeitigen Kommission vor dem Ende ihrer Amtszeit ergriffen werden sollen.

IndustriAll Europe war während der von der Kommission organisierten EU-Industrietage in den Jahren 2017, 2018 und 2019 sehr präsent. Wir waren in der Eröffnungsveranstaltung und in mehreren parallelen Sitzungen vertreten. IndustriAll Europe ergriff die Initiative und organisierte eine eigene Podiumsdiskussion über die wirtschaftlichen Vorteile des sozialen Dialogs (2018) und über die tiefgreifende Dekarbonisierung energieintensiver Industrien (2019).

IndustriAll Europe war außerdem ein einflussreiches Mitglied des Hochrangigen Runden Tisches zu Industrie 2030, einer kleinen Expertengruppe, die eine kohärente Vision und Strategie sowie einen Aktionsplan zur langfristigen Zukunft der industriellen Aktivitäten Europas entwickelte (veröffentlicht im Juli 2019). Die Arbeit der hochrangigen Gruppe bildete die Grundlage für eine neue, umfassende Industriestrategie der EU, die dem Rat Ende 2019 von der Kommission vorgeschlagen wurde. IndustriAll Europe beteiligte sich an mehreren Debatten und Stakeholder-Konsultationen.





IndustriAll Europe trug als (Ko)-Berichterstatter zu Stellungnahmen der CCMI zu folgenden Themen bei: maritime Wirtschaft, Stahl, Luft- und Raumfahrt, Automobilindustrie, Industriepolitik (insgesamt drei Stellungnahmen), Marktwirtschaftsstatus China, Digitalisierung und Beschäftigung, Industrie 4.0, gemeinsame Technologieinitiativen und öffentlich-private Partnerschaften, Europäischer Verteidigungsfonds, Schiffsabwrackung, Recycling-Gesellschaft, Grenzausgleichsmechanismen und künstliche Intelligenz.

Horizont 2020 ist das wichtigste Finanzierungsprogramm der EU für Forschung und Innovation. Die positive Erfolgsbilanz hat eine Dynamik geschaffen, die beibehalten werden sollte. IndustriAll Europe trug in vier von der Europäischen Kommission organisierten Workshops zur Vorbereitung des Programms "Horizon Europe" (2021-2027) bei. Sie wird auch an der Umsetzung des Programms beteiligt sein, d.h. an der Entwicklung der verschiedenen Missionen und sektorübergreifender Programme im Zusammenhang mit wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen.

IndustriAll Europe war im Lenkungsausschuss des "Future of Manufacturing"-Projekts des Europäischen Parlaments vertreten, das von Eurofound durchgeführt wurde. Das Projekt lief über vier Jahre und umfasste die folgenden Unterprojekte: Prognose der Beschäftigungsauswirkungen neuer Technologien, Definition eines Re-shoring-Monitors, Definition von Schlüsselarbeitsplätzen in der Fertigung, Bewertung der Auswirkungen zukunftsweisender Technologien, Entwicklung regionaler Industriekapazitäten. Der Ausschuss für Industriepolitik hat sich mehrfach mit dem Forschungsteam ausgetauscht, um dessen Ergebnisse zu diskutieren.

IndustriAll Europe wurde als Mitglied der Rail Supply Expert Group ausgewählt. Die Initiative folgt einer Entschließung des Europäischen Parlaments, in der eine Industriepolitik für diesen wichtigen Teilsektor gefordert wird. IndustriAll Europe entwickelte einen Aktionsplan, der der Expertengruppe im November 2019 vorgelegt wurde und über 80 Empfehlungen zu Themen wie Digitalisierung, öffentliches Beschaffungswesen, Normen, Marktzugang, unlautere Handelspraktiken, Schutz der Rechte an geistigem Eigentum und Fertigkeiten umfasst.

Da das öffentliche Beschaffungswesen 17% des BIP ausmacht, beschloss der Ausschuss für Industriepolitik, an einem Positionspapier darüber zu arbeiten, wie das öffentliche Beschaffungswesen als industriepolitisches Instrument besser genutzt werden kann.

Die gescheiterte Fusion zwischen Siemens und Alstom führte zu verstärkten Forderungen nach einer Überprüfung der europäischen Wettbewerbspolitik und nach einer neuen Debatte darüber, wie "europäische Champions" geschaffen werden können.

Die mangelnde Vorbereitung der Unternehmen auf die Herausforderungen der Digitalisierung wurde auf der Grundlage des Transformationsatlas der IG Metall diskutiert.



## **Nachhaltige Entwicklung**

Die Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaften ist wahrscheinlich die wichtigste Herausforderung unserer Zeit. Um das Bewusstsein für diese Herausforderungen zu schärfen und die Bemühungen zu koordinieren, hat die Kommission eine hochrangige Gruppe für die tiefgreifende Dekarbonisierung der energieintensiven Industrien eingesetzt. Die energieintensiven Sektoren sind aufgefordert, ihre eigenen Fahrpläne zu entwickeln. IndustriAll Europe hat der Hochrangigen Gruppe ihre Sichtweise dargelegt und gemeinsam mit den Industrieverbänden, die die energieintensiven Sektoren vertreten, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Diese Erklärung enthält eine Reihe von politischen Empfehlungen für die Kommission und erläutert unsere gemeinsamen Bedenken im Hinblick auf die Risiken und Herausforderungen einer tiefgreifenden Dekarbonisierung.

Die Arbeit der hochrangigen Gruppe mündete in einen Masterplan für die tiefgreifende Dekarbonisierung der Schwerindustrie. Dieser Plan wurde intern und extern diskutiert. Der Ausschuss für Industriepolitik diskutierte auch über die Entwicklung und Anwendung einer Taxonomie für nachhaltige Investitionen als Instrument für Investitionen in die grüne Wirtschaft. Darüber hinaus war industriAll Europe auch an mehreren Initiativen zur Förderung der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung als notwendige Lösung für den Umgang mit den schwer zu reduzierenden Prozessemissionen der Schwerindustrie beteiligt.



Runder Tisch "Gerechter Übergang in der Schwerindustrie", Stockholm, August 2019





In einem Positionspapier wurde auch dem Paket "Saubere Energie für alle" gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Das Paket bestand aus acht Rechtsakten zu Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und der Gestaltung des Elektrizitätsmarktes, die eine umfassende Aktualisierung der Energieunion-Strategie darstellten und den Übergang von fossilen Brennstoffen zu sauberer Energie und weniger Treibhausgasemissionen erleichtern soll.

Um die Auswirkungen des neuen europäischen Klimaplans 2050 ("Ein sauberer Planet für alle") auf die Industrie zu bewerten, arbeitete der Ausschuss für Industriepolitik eng mit dem Energienetzwerk zusammen, um ein umfassendes Positionspapier zu den Chancen und Herausforderungen der Klimaneutralität bis 2050 zu erarbeiten.

Der Ausschuss für Industriepolitik beschäftigte sich intensiv mit dem Thema Kreislaufwirtschaft. Der Übergang von der gegenwärtigen "linearen" Wirtschaft zur künftigen Kreislaufwirtschaft, in der der wirtschaftliche und ökologische Wert der Produkte so lange wie möglich erhalten bleibt, wird eine der größten Umgestaltungen der Industrie im 21. Jahrhundert sein. Sie wird einen der wichtigsten Beiträge zur Eindämmung des Klimawandels leisten. Damit die Kreislaufwirtschaft das erforderliche Qualitäts- und Kostenniveau erreichen kann, muss sie industrielle Methoden anwenden und für die Arbeitnehmer\*innen fair sein. Dies wurde im Policy Brief "Eine industrialisierte Kreislaufwirtschaft" (Juli 2018) analysiert. Das Dokument positionierte industriAll Europe als eine anerkannte Interessenvertreterin in der politischen Debatte.

IndustriAll Europe war eng in die Diskussionen über die vierte Handelsperiode des Emissionshandelssystems eingebunden. Das Hauptziel bestand darin, zur Vermeidung von Carbon Leakage die Zuteilung kostenloser Zertifikate an die energieintensiven Industrien auf dem Niveau der 10 % mit den besten Ergebnissen zu halten. Das Ergebnis war zufriedenstellend, obwohl die Umsetzung genau überwacht werden sollte. Die Frage der Bekämpfung der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen wurde auch in einer Stellungnahme des EWSA zum Thema "Grenzanpassungsmechanismen" behandelt.

Die potenziellen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auf Arbeitsplätze wurden bei mehreren Gelegenheiten auf der Grundlage ökonometrischer Erhebungen diskutiert, die von Cambridge Econometrics erstellt wurden.

IndustriAll Europe organisierte während der COP24-Tagung in Kattowitz einen Workshop und trug zum Entwurf der Erklärung von Schlesien bei, die von mehr als 50 Ländern unterzeichnet wurde und sich mit der sozialen Dimension der Klimaschutzpolitik befasst.

IndustriAll Europe war Mitglied der Hochrangigen Lenkungsgruppe der Europäischen Innovationspartnerschaft für Rohstoffe und der Koordinierungsgruppe der Europäischen Plattform der Interessenvertreter der Kreislaufwirtschaft. Sie beteiligte sich auch aktiv an den Arbeiten der Europäischen Plattform für Kohleregionen im Wandel.





## **Handel**

Handel war in den letzten Jahren ein sehr wichtiges Thema. IndustriAll Europe war Mitglied der Beratungsgruppe für das umstrittene Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), bis die Verhandlungen nach der Wahl von Donald Trump zum US- Präsidenten auf Eis gelegt wurden. Der Abschluss des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) führte zu einer hitzigen Debatte über das Streitbeilegungsverfahren.

IndustriAll Europe war auch eng in die Vorbereitung der Gesetzgebung zu neuen Antidumpingverfahren für Nichtmarktwirtschaften (im Rahmen dessen die Nichteinhaltung der grundlegenden Arbeitsnormen als ernsthafte Marktverzerrung anzusehen ist), der Stärkung der handelspolitischen Schutzinstrumente (mit einer teilweisen Aufhebung der Regel des niedrigeren Zolls und der Integration von Sozial- und Umweltstandards in die Berechnung der Schadensspanne) und der Schaffung eines europaweiten Screening-Mechanismus für ausländische Direktinvestitionen eingebunden.

Neben dem Positionspapier zur Handelspolitik ("IndustriAll Europe fordert einen neuen Ansatz für Handelsabkommen"), in dem wir eine Reihe von roten Linien vorschlugen, die in Freihandelsabkommen nicht überschritten werden dürfen, hat der Ausschuss für Industriepolitik auch ein Positionspapier zur Globalisierung vorbereitet ("Zeit zur Änderung der Regeln der Globalisierung"). Ziel dieses Papiers war es, Antworten auf den zunehmenden Populismus zu finden. Das Positionspapier enthält auch unsere Reaktion auf das Reflexionspapier der Kommission über die Nutzbarmachung der Globalisierung.

Um der wachsenden Rolle Chinas in unseren Sektoren Rechnung zu tragen, wurde 2017 gemeinsam mit dem ETUI ein Seminar organisiert, an dem Gewerkschaftsvertreter\*innen aus chinesischen Unternehmen in der EU teilnahmen. Ziel war es, die Industriestrategie Chinas sowie die soziale und wirtschaftliche Lage der chinesischen Tochtergesellschaften in der EU zu erörtern.

Der Brexit wird tiefgreifende Auswirkungen auf die Industrie haben, sowohl in Großbritannien als auch in der EU. Es wird geschätzt, dass im Falle eines harten Brexit 500.000 Arbeitsplätze im Vereinigten Königreich und 1,2 Millionen Arbeitsplätze in der EU-27 gefährdet sind. Um eine Unterbrechung der industriellen Wertschöpfungsketten zu verhindern, unterstützte industriAll Europe einen weichen Brexit (bei dem das Vereinigte Königreich innerhalb der Zollunion bleibt). Wir argumentierten, dass unabhängig vom Ausgang des Scheidungsverfahrens ein "harter" Brexit um jeden Preis vermieden werden müsse. In einem künftigen Freihandelsabkommen müsse geregelt sein, dass der soziale Besitzstand der EU weiterhin gilt und jegliche Senkung der Sozialstandards verboten ist. IndustriAll Europe konnte ihre Bedenken im Januar 2018 mit der Artikel 50-Taskforce der Kommission erörtern. Unsere Debatten über den Brexit wurden durch ein Positionspapier unterstützt, in dem versucht wurde, die Auswirkungen auf die Industriebeschäftigten zu bewerten.





IndustriAll Europe verfolgte aufmerksam die unilaterale Auferlegung von Handelszöllen durch US-Präsident Donald Trump, die zu Handelskriegen führen und die auf multilateralen Regeln basierende Handelsordnung der Nachkriegszeit ernsthaft untergraben könnte. Wir brachten auch unsere Besorgnis über die Krise in der WTO zum Ausdruck, die aus der Weigerung der USA resultiert, neue Richter für ihr Berufungsgremium zu ernennen. Dies wird die WTO überflüssig machen, da sie ihre Macht zur Durchsetzung von Entscheidungen verliert, und tiefgreifende Auswirkungen auf unsere auf Regeln basierende internationale Handelsordnung haben.

IndustriAll Europe wurde als Mitglied der Expertengruppe Handel ausgewählt, die von der Europäischen Kommission einberufen wurde, um die europäische Handelspolitik zu überwachen. Dies ermöglichte es industriAll Europe, in wichtigen Handelsfragen und bei den laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen in direkten Kontakt mit den Kommissionsdienststellen zu treten.

## Wirtschaftspolitik

Immer wieder hat industriAll Europe auf die Bedeutung der Binnennachfrage für die Konsolidierung der wirtschaftlichen Erholung und die Verhinderung einer neuen Rezession hingewiesen. Auf der Konsumseite bedeutet dies eine reale Lohnerhöhung, die Beseitigung des Niedriglohnsektors, die Bekämpfung von Einkommensungleichheiten, die Erhöhung der Sicherheit durch die Rücknahme der Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Verbesserung des Sozialschutzes. Auf der Investitionsseite bedeutet dies eine vollwertige Investitionsstrategie, sowohl privat als auch öffentlich, zur Unterstützung einer digitalisierten, kohlenstoffarmen Wirtschaft. Der Spielraum, der sich aus der verbesserten Haushaltslage der meisten Mitgliedstaaten ergibt, sollte voll ausgeschöpft werden.

Wie die europäische Währungsunion vertieft werden kann, war und ist ein wichtiges, aber sehr umstrittenes Thema auf der europäischen Agenda. IndustriAll Europe unterstützt die Idee des EGB, ein europäisches Finanzministerium zu schaffen. Dies könnte ein Weg sein, um ein Mindestmaß an öffentlichen Investitionen zu gewährleisten, einen positiven finanzpolitischen Kurs sicherzustellen und die Ausweitung der makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten zu begrenzen. Ein gemeinsamer europäischer Haushalt, um einen Rückgang der Investitionen zu verhindern, oder die Schaffung von Euro-Anleihen zur Unterstützung von Investitionen sind weitere Ideen, die diskutiert werden. Viele Mitgliedstaaten sehen jedoch nicht die Notwendigkeit einer zentralen fiskalischen Kapazität auf EU-Ebene zur Bewältigung tiefer, asymmetrischer wirtschaftlicher Schocks, die das Bestehen des Euroraums gefährden könnten. Der vorgeschlagene Anti-Schock-Fonds und das Reformförderprogramm können nur als erste zaghafte Schritte in einem Prozess zur Stärkung der makroökonomischen Widerstandsfähigkeit innerhalb der Eurozone angesehen werden.

Steuervermeidung ist ein großes Problem. Deshalb betrachtet der Ausschuss für Industriepolitik die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und





die Einführung einer länderbezogenen Berichterstattung, zusammen mit dem europäischen Paket gegen Steuervermeidung, als Schritte in die richtige Richtung. Eine weitere Herausforderung, die dringend angegangen werden sollte, ist die Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

IndustriAll Europe war an der Konzeption des Investitionsplans für Europa (Juncker-Plan) beteiligt, der sich als erfolgreich erwiesen hat, da er bis 2022 1,7 Millionen Arbeitsplätze fördern wird.

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für alle Industriebeschäftigte stehen im Mittelpunkt unseres Handelns. Deshalb lud der Ausschuss für Industriepolitik das ETUI ein, seinen Job Quality Index vorzustellen.

Schließlich führte der Ausschuss für Industriepolitik einen ersten Meinungsaustausch über die politischen Absichten der neuen Kommission: ein europäischer Grüner Deal (mit dem ersten europäischen Klimagesetz und der Schaffung eines Fonds für ein nachhaltiges Europa), die Einführung einer Kohlenstoff-Grenzsteuer, die Schaffung eines Fonds für den gerechten Übergang, die Besteuerung von Technologieunternehmen, die Reform der WTO und die Schritte hin zu einer echten Europäischen Verteidigungsunion. IndustriAll Europe nahm auch an den Diskussionen über den mehrjährigen Finanzrahmen teil, der 25% seiner Ressourcen für die Klimapolitik vorsieht.

Der Ausschuss für Industriepolitik hat seit dem Kongress 2016 hart daran gearbeitet, mit den wirtschaftlichen, sozialen und industriellen Entwicklungen in Europa Schritt zu halten. Er hat eng mit Mitgliedsorganisationen, Partnergewerkschaften, den europäischen Institutionen, Sozialpartnern und Industrieverbänden zusammengearbeitet, um die Positionen von industriAll Europe voranzubringen - zum Schutz von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten.





# Unternehmenspolitik

Seit dem Kongress 2016 in Madrid wurde die Unternehmenspolitik von industriAll Europe von vier zentralen Aktionslinien bestimmt.

## Mehr EBRs und Arbeitnehmerbeteiligung in SEs

Transnationale Unterrichtungs-, Anhörungs- und Beteiligungsgremien bleiben unsere wichtigste Plattform für gewerkschaftliche Aktionen in multinationalen Unternehmen. Europäische Betriebsräte (EBR) sowie Betriebsräte und Arbeitnehmervertretungen in Unternehmen mit der Rechtsform *Societas Europaea* (SE) sind entscheidend für die Arbeitnehmerbeteiligung an und die Beeinflussung der strategischen Beschlussfassung von Unternehmen.

Auf Grundlage langjähriger Erfahrung hat das Sekretariat die Mitgliedsgewerkschaften auch weiterhin bei der Einrichtung und Führung von aktuell rund 600 Europäischen Betriebsräten und Gremien der Arbeitnehmerbeteiligung in SEs unterstützt.

Seit Beginn der neuen Kongressperiode (Juni 2016)

- wurden 36 neue Vereinbarungen geschlossen, davon 20 EBR-Vereinbarungen und 16 zur Arbeitnehmerbeteiligung in SEs,
- wurden mindestens 31 EBR-Vereinbarungen abgeändert/neu verhandelt,
- laufen weitere 75 (Neu-)Verhandlungen, die täglich verfolgt werden.

Wie in früheren Mandatsperioden verfolgte und koordinierte das Sekretariat Interessen und Anfragen von Gewerkschaften zur Einrichtung neuer EBRs und neuer Gremien zur Arbeitnehmerbeteiligung in SEs in enger Kooperation mit den Mitgliedern des Unternehmenspolitischen Ausschusses. Das Sekretariat stellte außerdem sicher, dass EBR-/SE-Verhandlungen durch Gewerkschaften unterstützt wurden.

Aufbauend auf mehr als 20 Jahren praktischer Erfahrung bei der Unterstützung von EBR-/ SE-Verhandlungen wurde eine interne "Toolbox" mit Beispielen von EBR-/SE-Bestimmungen entwickelt, die laufend aktualisiert wird. Dank finanzieller Mittel aus einem EU-Projekt (weitere Informationen zum Projekt "Link them up!" unten) ist die aktualisierte Toolbox nun in drei Sprachen (Englisch, Französisch und Deutsch) verfügbar.

## **Bessere EBRs und Arbeitnehmerbeteiligung in SEs**

Zentrale Strategie von industriAll Europe ist sicherzustellen, dass EBRs und andere transnationale Gremien der Arbeitnehmerbeteiligung einer Gewerkschaftsagenda und einer wirklichen





europäischen Perspektive folgen. Diese anspruchsvolle Aufgabe wird den EBR- und SE-Koordinatoren von industriAll Europe übertragen.

Wie in früheren Kongressperioden hat das Sekretariat die Nominierung von EBR-/SE-Koordinatoren verfolgt und gefördert und ihnen sowie den nationalen Mitgliedsgewerkschaften einen "Helpdesk"-Service bereitgestellt. Das Sekretariat nahm regelmäßig an EBR-Schulungen, Seminaren und Konferenzen teil, die von den Mitgliedsgewerkschaften und dem EGI organisiert wurden.

Trotz einer klaren, gemeinsamen politischen Verpflichtung werden viele EBR/SE-Verhandlungen ohne Unterstützung durch einen nationalen Gewerkschaftsfunktionär vorbereitet und geführt. Darüber hinaus arbeitet noch immer ein Drittel der bestehenden EBRs/SEs ohne Gewerkschaftskoordinator. Aber auch wenn es einen industriAll Europe-Koordinator gibt, unterscheidet sich die Praxis von einem Unternehmen zum anderen stark. Folglich wurde mit einer Neubewertung bestehender industriAll Europe-Politiken begonnen, um unsere gewerkschaftliche Unterstützung für besondere Verhandlungsgremien, EBRs und SEs zu verbessern. Nach Diskussionen im Unternehmenspolitischen Ausschuss hat das Sekretariat:

- das "Willkommensschreiben" an neu ernannte industriAll Europe-Koordinatoren überarbeitet (indem insbesondere auf das Mitglied im Unternehmenspolitischen Ausschuss verwiesen wird, das als Kontaktperson fungiert)
- den Unternehmenspolitischen Ausschuss ermuntert, die Liste der EBR-/SE-Koordinatoren zu aktualisieren und zu vervollständigen
- einen Praxisleitfaden zu Rolle und Ressourcen der EBR-Koordinatoren erstellt.

Weitere Optionen zur Verbesserung unserer gewerkschaftlichen Unterstützung für BVG, EBR und SE wurden vom Unternehmenspolitischen Ausschuss erörtert und dem Exekutivausschuss im November 2019 vorgelegt. Anschließend verständigte sich der Exekutivausschuss auf ein neues Nominierungsverfahren für BVG-Sachverständige und EBR/SE-Koordinatoren und öffnete die Nominierungen auch für Gewerkschaften, die nicht aus dem Sitzland eines Unternehmens kommen, sofern diese nicht in der Lage sind, Unterstützung zu leisten. Der Exekutivausschuss beauftragte den Unternehmenspolitischen Ausschuss auch damit, die Diskussionen über weitere Möglichkeiten zur Einstellung und Schulung zusätzlicher Gewerkschaftsfunktionäre, die sich mit EBR/SE-Angelegenheiten befassen, fortzusetzen.

IndustriAll Europe legt besonderen Wert auf die Entwicklung weiterer Instrumente und Ressourcen, um EBR-/SE-Koordinatoren und -Mitglieder bei deren Arbeit zu unterstützen. Um ihnen zusätzliche rechtliche Orientierung zu bieten, kooperierte eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe des Unternehmenspolitischen Ausschusses mit dem EGI, um dessen Datenbank von Gerichtfällen mit EBR-Bezug fertigzustellen, die Anfang 2017 online ging. Es wurde eine neue Publikationsreihe mit dem Titel "Empfehlungen für Arbeitnehmervertreter in EBRs und SEs" veröffentlicht, um EBR-/ SE-Koordinatoren und -Mitgliedern praktische Tipps zu geben, wie sie aktuelle Entwicklungen in ihrem Unternehmen antizipieren und darauf reagieren können. Eine erste Ausgabe "Die





Auswirkungen des Brexits auf multinationale Unternehmen antizipieren" wurde im Januar 2017 veröffentlicht. Dieses Dokument wurde aktualisiert und später zusammen mit anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden, die im September 2018 gemeinsame praktische Empfehlungen angenommen haben, überarbeitet. Weitere Ausgaben sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Tätigkeitsberichts in Vorbereitung, wobei der Schwerpunkt auf der Frage liegt, wie die Digitalisierung und auch das Thema Chancengleichheit in EBR/SE angegangen werden kann. Die Empfehlungen an EBR/SE zur Frage, wie sie zu transnationalen Organisingmaßnahmen beitragen können, die im Rahmen einer industriAll Europe/ETUI-Schulung entwickelt wurden, werden in die breite Palette von Materialien aufgenommen, die industriAll Europe zu Fragen des Aufbaus gewerkschaftlicher Macht zusammengestellt hat.

Schließlich wurde ein spezifischer Bereich der neuen Website mit dem Titel "Tools & Ressourcen" eingerichtet. Hier können Gewerkschaftsfunktionäre, die BVG, EBR und SE unterstützen, sowie EBR- und SE- Mitglieder diese neuen Materialien sowie andere (vom Sekretariat oder Mitgliedsorganisationen konzipierte) oder extern konzipierte Materialien finden.

# Sozial verantwortungsvolles Antizipieren und Bewältigen von Wandel in multinationalen Unternehmen

Trotz öffentlicher Bekundungen wirtschaftlicher Erholung in Europa waren wir weiterhin mit massiven Umstrukturierungsplänen, Werksschließungen und Jobverlusten konfrontiert. Vor diesem Hintergrund verstärkte das Sekretariat die gewerkschaftliche Koordinierung über Landesgrenzen hinweg und die Unterstützung europaweiter Gewerkschaftsaktionen in multinationalen Unternehmen, die massive Umstrukturierungen durchlaufen.

Seit Juni 2016 wurden – mithilfe einer 2-jährigen EU-Finanzierung, durch welche Sitzungskosten abgedeckt werden können (Informationen zum Projekt "Link them up!" unten) – gewerkschaftliche Koordinierungsgruppen für folgende Unternehmen eingesetzt:

- Alstom Transport/Siemens Mobility
- Amcor (gemeinsam mit UNI)
- ArcelorMittal/ Liberty House Steel
- Caterpillar
- General Electric ehemals Alstom Power
- Honda
- PSA (einschließlich Opel/ Vauxhall)
- Tata Steel Europe/ thyssenkrupp steel
- thyssenkrupp

Die in diesen Fällen aufgebaute grenzüberschreitende Solidarität förderte ein gemeinsames Verständnis und die feste Entschlossenheit, gemeinsam zu handeln, was wiederum in der Verabschiedung gemeinsamer Forderungen und Erklärungen resultierte. Konkrete Maßnahmen





Deutsche Arbeitnehmer\*innen nehmen am Alstom-Siemens-Aktionstag im Mai 2018 teil

zur Verteidigung unserer gewerkschaftlichen Forderungen und zur Erhöhung des Drucks wurden dann vom Sekretariat in verschiedenster Art und Weise ergriffen: Medienkampagnen (Pressemitteilungen und Beiträge in sozialen Medien), Treffen zwischen Gewerkschaftsdelegationen und Unternehmensspitzen, politische Lobbyarbeit gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament oder die Koordinierung europäischer Aktionstage (bei Caterpillar am 18. November 2016, bei General Electric/ ehemals Alstom Power am 25. April 2018 und bei Alstom Transport/ Siemens Mobility am 30. Mai 2018). Während der Abschlusskonferenz des Projekts "Link them up!" wurde eine kritische Bewertung unserer gewerkschaftlichen Koordinierung und der gemeinsamen Aktionen in diesen Unternehmensfällen durchgeführt, mit dem Schwerpunkt darauf, was gut und was weniger gut funktioniert hat. Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Konferenz hat der Unternehmenspolitische Ausschuss eine Reflexion darüber gestartet, wie industriAll Europe die Unterstützung für gewerkschaftliche Aktionen in Fällen transnationaler Umstrukturierung verbessern kann.

Andere Anfragen (z.B. in Bezug auf Bombardier, Siemens-Gamesa usw.) führten zwar nicht zur Einsetzung gewerkschaftlicher Ad-hoc-Koordinierungsgruppen, wurden aber vom Sekretariat mit den betroffenen Mitgliedsorganisationen direkt weiterverfolgt.

Die Auslegung von Unternehmensstrategien zur besseren Antizipation des Wandels und zur möglichst sozialverträglichen Gestaltung transnationaler Umstrukturierungen war auch Kernthema der Abschlusskonferenz eines von der EU finanzierten Projekts mit dem Titel "Working together for European recovery: workers involvement in companies' future as a cornerstone", die gemeinsam von den europäischen Gewerkschaftsverbänden und Syndex organisiert wurde (Oktober 2016 in Berlin) sowie eines gemeinsamen Seminars von ETUI und industriAll Europe, das Investitions- und Beschäftigungsstrategien in chinesischen Multinationals gewidmet war (22. März 2017 in Brüssel).





# Stärkere Unterrichtungs-, Anhörungs- und Beteiligungsrechte und bessere Unternehmensführung

Das Sekretariat hat aktiv an der Entwicklung politischer Lobbyarbeit mitgewirkt, um für mehr Arbeitnehmerbeteiligung an strategischen Entscheidungen von Unternehmen zu kämpfen. Diese Arbeit wurde in enger Zusammenarbeit mit dem EGB sowie einer neu eingesetzten Koordinierungsgruppe aus für Unternehmenspolitik zuständigen Funktionär\*innen der europäischen Gewerkschaftsverbände durchgeführt.

Die Diskussion über die neugefasste EBR-Richtlinie stand im Mittelpunkt unserer Arbeit und zwar nicht nur aufgrund des 20. Jahrestages des Inkrafttretens der ersten Richtlinie und des 30. Jahrestag der Gründung des ersten EBR-ähnlichen Gremiums in einem französischen Unternehmen (siehe industriAll Europe-Pressemitteilung vom 22. September 2016), sondern hauptsächlich aufgrund der Frist für die EU-Kommission, die neugefasste Richtlinie bis Juni 2016 zu überarbeiten und "wo nötig geeignete Vorschläge" zu machen. Während die EU-Kommission die Frist schlussendlich nicht einhielt (und am Ende für eine Verzögerung um zwei Jahren sorgte), legte das Sekretariat – in enger Zusammenarbeit mit dem Unternehmenspolitischen Ausschuss – einen eigenen kritischen Bericht zur neugefassten EBR-Richtlinie vor (Arbeitspapier von industri All Europe "Bewertung der neugefassten EBR-Richtlinie", Stand: 7. September 2016), das später in der Verabschiedung der Prioritäten für eine robuste EBR-Richtlinie resultierte (Positionspapier, verabschiedet am 2. Dezember 2016). Industri All Europe kam zu dem Schluss, dass Änderungen der EBR-Richtlinie notwendig seien, um sie stärker zu machen, indem sichergestellt wird, dass Unterrichtungs- und Anhörungsrechte durchgesetzt werden, vollstreckbar und effektiver sind, und dass die praktische Umsetzung einiger Bestimmungen der Richtlinie deutlich verbessert wird. Dies bildete die Grundlage für eine gemeinsame Position der europäischen Gewerkschaftsverbände EFBWW, EFFAT, EPSU, ETF, UNI Europa und industriAll Europe "Für eine starke EBR-Richtlinie", die am 31. Januar 2017 verabschiedet wurde. Die gemeinsame Position der EGV diente später als Grundlage für die zehn wichtigsten Forderungen des EGB für eine zeitgemäße EBR-Richtlinie, die im März 2017 vom EGB-Exekutivausschuss verabschiedet wurden. Unsere Schlussfolgerungen und Forderungen wurden seitdem der EU-Kommission gegenüber bei verschiedenen informellen Zusammenkünften, internen EGB-Treffen und öffentlichen Konferenzen zum Ausdruck gebracht.

Aufgrund der Untätigkeit der EU-Kommission und dem fehlenden politischen Willen zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung veröffentlichte industriAll Europe am 9. November 2017 eine Presseerklärung, in der sie die EU aufrief, Demokratie am Arbeitsplatz so rasch wie möglich zu einem wirksamen Recht zu machen. IndustriAll Europe unterstützte den EGB darin, im März 2018 eine Strategie für mehr Demokratie am Arbeitsplatz zu verabschieden. Seitdem hat industriAll Europe aktiv zu dieser Strategie des EGB beigetragen, und sie bei öffentlichen Veranstaltungen, in Sitzungen der EBR und der nationalen Mitgliedsorganisationen sowie durch das Festhalten an den gemeinsamen Erklärungen gefördert.





Neben der aktiven politischen Lobbyarbeit verfolgte industriAll Europe (Gesetzes-)Initiativen der EU genau und ergriff gemeinsam mit dem EGB Maßnahmen (z. B. Beteiligung an öffentlichen Konsultationen), um die Interessen der Beschäftigten in folgenden Bereichen zu verteidigen:

- Vorschlag für eine Einzelgesellschaft mit beschränkter Haftung (SUP), den die EU-Kommission letztlich fallen lies
- Vorschlag für ein Gesellschaftsrechtspaket (zu grenzüberschreitenden Umwandlungen, Aufspaltungen und Verschmelzungen), verabschiedet 2019
- Vorschlag für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, zweite Chance und Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Restrukturierung, Insolvenz, verabschiedet im Jahr 2019
- Vorschlag für eine Richtlinie zur Steuertransparenz von Unternehmen (länderbezogene Berichte)

Das Sekretariat war außerdem aktiv an mehreren EGB-Projekten zu folgenden Themen beteiligt: Briefkastenfirmen, Stärkung der Stimme von Arbeitnehmer\*innen in Insolvenzfällen, Unternehmensmobilität und Arbeitnehmer\*innen in Unternehmensgremien, Rechte der Arbeitnehmer\*innen in Untervergabeketten (Due Diligence) sowie der jährlichen EBR-Konferenz des EGB. Der Unternehmenspolitische Ausschuss unterstützte zudem die zweite Umfrage des EGI zu EBRs.

## Europäisches Projekt: "Link them up!"

Mit der Anerkennung der transnationalen Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung im EU-Recht hat sich ein mehrstufiges System industrieller Beziehungen herausgebildet. Verschiedene Strukturen beziehen die Arbeitnehmer\*innen in die Entscheidungsfindung auf lokaler, nationaler und EU-Ebene ein (Betriebsräte, Leitungsgremien, Gewerkschaftsgremien). Dieses mehrstufige System ist für Gewerkschaften und Arbeitgeber Herausforderung und Chance zugleich, insbesondere wenn ein vernünftiges Antizipieren und Bewältigen von Veränderungen gewährleistet werden soll. Die neugefasste EBR-Richtlinie bietet einen Anreiz, sich diesen Herausforderungen zu stellen, indem ein zu wenig genutztes, aber starkes Instrument eingesetzt wird: die Koordinierung und Verknüpfung der einzelnen Ebenen und Strukturen der Arbeitnehmervertretung. Die neuen Bestimmungen haben ihre Ziele jedoch nicht erreicht, da Komplexitäten und Rechtsunsicherheiten in großem Umfang weiterhin bestehen. Auch die anderen Richtlinien (SE, European Cooperative Society, grenzüberschreitende Fusion) sehen keine solche Bestimmung zur Verknüpfung der Ebenen vor.

Das Projekt "Link them up! Für eine gestärkte Koordinierung der nationalen und europäischen Ebenen und effektive Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung in Zeiten der Umstrukturierung" möchte diese Unzulänglichkeiten beheben, indem es praktische politische Empfehlungen liefert, wie sich Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung im Umstrukturierungsfall besser über





Rumänische Arbeitnehmer\*innen nehmen am Alstom-Siemens-Aktionstag im Mai 2018 teil

verschiedene Ebenen und Strukturen hinweg verknüpfen lassen. Es wurden Empfehlungen aus der aktuellen Praxis in den Fertigungs-, Bergbau- und Energiebranchen ausgesprochen. Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertreter\*innen der von transnationaler Umstrukturierung betroffenen Unternehmen trafen sich in 15 Sitzungen, um Erfahrungen auszutauschen, eine gemeinsame Strategie zu vereinbaren und über ihre Koordinierungspraxis zu reflektieren. Die ermittelten bewährten Praktiken und ihre politischen Implikationen für die neugefasste EBR-Richtlinie und den EU-Qualitätsrahmen für Umstrukturierung wurden dann in einer Abschlusskonferenz im Herbst 2019 aus unternehmens- und branchenübergreifender Perspektive diskutiert und weiterentwickelt. Die Konferenz brachte rund 100 Teilnehmer\*innen zusammen und fand vom 24. bis 25. September 2019 in Blankenberge (Belgien) statt. Daraus resultierende praktische Empfehlungen wurden in eine aktualisierte Fassung unserer Toolbox für EBRs und SE-Betriebsräte integriert.

Im Verlauf des Projekts (Dezember 2017 - November 2019) fanden in Brüssel 15 Sitzungen zu folgenden Unternehmensfällen statt:

- Tata Steel/ thyssenkrupp Steel (4. Dezember 2017, 10. Januar 2018 und 24. Januar 2019)
- Alstom Transport/ Siemens Mobility (16. Januar 2018 und 14. Februar 2018)
- General Electric/ ehemals Alstom Power (12. März 2018 und 18. Februar 2019)
- ArcelorMittal (26. April 2018, 27. September 2018, 29. November 2018 und 9. Juli 2019)
- PSA/ Opel-Vauxhall (4. Mai 2018 und 22. Oktober 2019)
- Honda (5. April 2019)
- Thyssenkrupp (26. November 2018).





# **Tarif- und Sozialpolitik**

Vor der COVID-19-Krise erlebte Europa einen fragilen wirtschaftlichen Aufschwung. Sowohl Produktion als auch Beschäftigung hatten nach der Finanzkrise wieder angezogen. Der Aufschwung basierte jedoch auf Minijobs oder gering entlohnten Jobs. Dezentralisierung und Angriffe auf die Verhandlungsstrukturen wurden von den Regierungen weiterverfolgt. Dies führt – neben einem geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den meisten Ländern – zu sinkender Tarifbindung. Seit der Krise haben Millionen Beschäftigte in den europäischen Fertigungsbranchen ihren Schutz durch Tarifvereinbarungen verloren.

Seit 2008 wurde es Unternehmen – besonders in Mitgliedstaaten, die schwer von der Krise getroffen wurden – erleichtert, von Branchen- oder nationalen Tarifvereinbarungen abzuweichen. Rechtliche Änderungen haben außerdem das "Günstigkeitsprinzip" geschwächt, das den Vorrang von Branchenvereinbarungen vor Vereinbarungen auf Unternehmensebene gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Exekutivausschuss von industriAll Europe am 12. und 13. Dezember 2017 eine Resolution, welche die von Institutionen und nationalen Regierungen auferlegte Dezentralisierung von Tarifverhandlungen und den Versuch ablehnt, die Lohngestaltungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen.

Da die Lohnzuwächse bescheiden sind, sinkt der Anteil der Löhne am BIP und nehmen die Ungleichheiten zu. Die Lohnentwicklung hinkt in den meisten Mitgliedstaaten der Produktivität hinterher. Die Krise setzte auch der Aufwärtskonvergenz zwischen den meisten "neuen" Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa und Südeuropa und denen im Zentrum Europas ein Ende.

Von Herbst 2016 bis Ende 2018 stand das EU-finanzierte Projekt "Stärkere Gewerkschaften durch effiziente Koordinierung von Tarifverhandlungen" im Mittelpunkt der Arbeit des Tarif- und Sozialpolitischen Ausschusses. Der Schwerpunkt lag auf der Koordinierung von Tarifpolitik und zentralen Themen wie der Lohnkoordinierungsregel, den gemeinsamen Forderungen und dem europäischen Tarifverhandlungsnetzwerk (Eucob@n) sowie auf Strategien zum Aufbau von Gewerkschaftsmacht.

Es wurden fünf regionale Workshops in Kopenhagen (Mai 2017), Prag (Oktober 2017), Rom (Januar 2018), Frankfurt (Februar 2018) und Bukarest (April 2018) organisiert.

In den Workshops zeigte sich, dass die Realitäten und Herausforderungen innerhalb Europas sehr unterschiedlich sind. Die Gewerkschaften haben jedoch eines gemeinsam. Sie wollen die Tarifvertragssysteme stärken und insbesondere Branchenvereinbarungen (neu) schließen und ausweiten. Fast überall wird Druck auf Tarifverhandlungsstrukturen ausgeübt. Der Kampf gegen



Angriffe auf bestehende Strukturen und Dezentralisierung steht in allen Regionen ganz oben auf der Agenda. Für viele Gewerkschaften haben Reallohnerhöhungen weiter absolute Priorität. Prekäre Arbeit – die infolge der Arbeitsmarktderegulierung explodierte – und insbesondere Zeitarbeit (Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge) stellen die Gewerkschaften vor massive Herausforderungen. Qualifizierung bleibt weiterhin aktuell und steht weit oben auf der gewerkschaftlichen Agenda, da sich durch die Digitalisierung neue Herausforderungen ergeben. Die Abwanderungsbewegung von Arbeitskräften besonders von der Peripherie zur Mitte Europas nimmt zu und verschärft die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten weiter.

Das Projekt wurde im Dezember 2018 mit einer Tarifpolitischen Konferenz in Bratislava abgeschlossen.

Die Konferenz, die größte von industriAll Europe organisierte Veranstaltung während der Mandatsperiode, versammelte über 200 Gewerkschafter\*innen aus 28 Ländern. Tarifverhandlungen und Sozialpolitik wurden vor dem Hintergrund der Digitalisierung diskutiert. Die folgenden Positionspapiere standen im Mittelpunkt der Diskussion:

- eine allgemeine Resolution
- die Arbeitszeitcharta
- ein Prognosepapier zur Lohnpolitik mit erneuter Thematisierung der Lohnkoordinierungsregel
- Anforderungen an ein angemessenes Pensionssystem



Tarif- und Sozialpolitische Konferenz, Bratislava, 6.-7. Dezember 2018





Alle von der Tarifpolitischen Konferenz verabschiedeten Dokumente wurden später vom Exekutivausschuss formell genehmigt.

Als direkte Folge des Projekts und der Konferenz startete industriAll Europe am 26. September 2019 die Kampagne "Together at Work". Ziel der Kampagne ist es, die Vorteile von Tarifverhandlungen in ganz Europa aufzuzeigen, und zwar für die Beschäftigten, aber auch für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt.

Während der Kampagne haben wir die Beschäftigten zu Wort kommen lassen. Sie erklärten, warum Tarifverhandlungen und starke Gewerkschaften für sie, ihre Kolleg\*innen und ihre Familien so wichtig sind. Das ist es, was der Slogan der Kampagne "Together at Work" widerspiegelt: Beschäftigte, die bei der Arbeit zusammenkommen und für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung kämpfen, und zwar mit ihrer Gewerkschaft, die dann zusammen mit den Arbeitgebern einen Tarifvertrag aushandelt.

Die Kampagne war in sechs zielgerichtete Kampagnen unterteilt, die jeweils einen Monat dauerten und sich auf bestimmte Zielgruppen konzentrierten: Beschäftigte, junge Beschäftigte, Frauen und Arbeitgeber. Jeden Monat wurde europaweit neues Material für diese gezielten Kampagnen mit unseren Mitgliedsorganisationen, in Hunderten von Unternehmen, auf Konferenzen, in sozialen Medien und Veröffentlichungen geteilt. Zur Unterstützung der Kampagne wurde eine spezielle Website (www.togetheratwork.eu) eingerichtet.

Die Kampagne richtete sich an die Beschäftigten und hatte auch klare politische Forderungen:

- die Politiker\*innen auf nationaler und europäischer Ebene müssen einen öffentlichen Diskurs über den Wert von Tarifverhandlungen führen und nationale und EU-Unterstützung für den Aufbau von Kapazitäten für den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen bereitstellen;
- die Europäische Kommission muss eine Gesetzesinitiative zur Unterstützung von Tarifverhandlungen vorlegen;
- wo dies noch nicht geschehen ist, müssen die Mitgliedstaaten die IAO-Übereinkommen zum Grundrecht auf Kollektivverhandlungen sowie die Beschlüsse des Europarates zu diesem Thema ratifizieren;
- die Arbeitgeber müssen sich an den Verhandlungstisch setzen und anerkennen, dass Tarifverhandlungen auch den Unternehmen und der Wirtschaft zugutekommen.

Seit ihrer Veröffentlichung am 26. April 2017 und ihrer Proklamation am 17. November 2017 stellt die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) eine Priorität für industriAll Europe dar. Der im Juli 2016 veröffentlichte Policy Brief lieferte eine erste Analyse der 20 Prinzipien der sozialen Säule. Seitdem verfolgen wir die verschiedenen Gesetzesvorschläge genau, stellen Analysen für die industriAll Europe-Mitglieder bereit und äußern unsere Positionen im EGB und gegenüber den EU-Institutionen. Die wichtigsten Initiativen waren die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen, die Richtlinie über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, die Richtlinie





Der finnische Premierminister unterstützt die Kampagne "Together At Work» beim Exekutivausschuss im November 2019.

über den Schutz von "Whistle Blowern", eine interpretierende Mitteilung zur Arbeitszeit und eine Empfehlung über den Zugang zu sozialem Schutz.

Was die Integrierung des sozialen Scoreboards in das europäische Semester angeht, wird mit dem Abschluss des 2018er-Zyklus größere Aufmerksamkeit für die sozialen Implikationen der Politik deutlich. Die Koordinierung der Sozialpolitik ist jedoch eine Herausforderung und wird es wahrscheinlich auch bleiben, solange die aktuellen Zwänge zur Haushaltsstabilität das EU-Semester dominieren. Trotz des politischen Drucks der Gewerkschaften wurden in dieser Hinsicht nur geringe Fortschritte erreicht.

IndustriAll Europe ist aktiv in das "Collective Bargaining and Wage Scoreboard" des EGB eingebunden, das auf die Einführung eines gewerkschaftlichen Benchmarkings abzielt, um Tarifverhandlungen und Löhne im EU-Semester zu koordinieren.

IndustriAll Europe begrüßte die Entscheidung, eine europäische Arbeitsbehörde (ELA) einzurichten, die als unterstützender Dienst für nationale Strafverfolgungsbehörden agieren, Gewerkschaften bei der grenzüberschreitenden Verfolgung von Fällen unterstützen, eine Schlichterrolle – etwa bei Streitigkeiten zur sozialen Sicherheit zwischen nationalen Behörden – spielen und bei der Verbesserung der nationalen Umsetzung des EU-Arbeits- und Sozialversicherungsrechts helfen soll. Wir haben darauf bestanden, dass sie in der Lage sein muss, ihre Aufgaben effizient zu erfüllen. Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten zur Kooperation, Unterstützung, Durchführung gemeinsamer Inspektionen und dem Zugänglichmachen der Datenbanken, welche die EU-Sozialversicherungsnummer und Unternehmensinformationen kombinieren, verpflichtet sein müssen. Wir haben jedoch auch deutlich gemacht, dass sie nicht in die Autonomie der Sozialpartner und in Tarifverhandlungen eingreifen darf und dass sie eine unabhängige Institution mit dreiteiliger Leitung sein muss. Eine Verordnung wurde Anfang 2019 verabschiedet. Sitz der ELA wird in Bratislava sein.





IndustriAll Europe beteiligte sich aktiv an der EGB-Kampagne für Lohnerhöhungen, deren offizieller Startschuss im Dezember 2016 fiel, und an der europäischen Allianz für die Aufwärtskonvergenz der Löhne, die an die Kampagne anknüpfte. IndustriAll Europe nahm an der Auftaktkonferenz unter dem Titel "Es ist an der Zeit für unseren Aufschwung – Europa braucht eine Lohnerhöhung" am 14. und 15. Februar 2017 in Sofia und an der vom EGB am 21. September 2017 in Bratislava organisierten Anhörung der Beschäftigten teil. Bei dieser Gelegenheit betonte Luc Triangle die Notwendigkeit, die Kluft zu überbrücken und die Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westeuropa anzugehen.

Die EGB-Kampagne für Lohnerhöhungen knüpft auch an den vom Kongress 2016 in Madrid angenommenen Antrag "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" an. Dies führte im Juni 2017 zur Verabschiedung einer Resolution durch den Exekutivausschuss von industriAll Europe mit dem Titel "EGB-Kampagne für Lohnerhöhungen: warum sie für industriAll Europe Priorität hat", die industriAll Europes konkretes Engagement in der EGB-Kampagne erläuterte. Die "Workplace Week" im Mai 2018 ermöglichte uns, die vielen Aspekte des Lohngefälles in Europa durch Aussagen von Beschäftigten, Gewerkschaftsfunktionär\*innen und -führer\*innen zu veranschaulichen, die erklärten, warum die europäischen Beschäftigten Lohnerhöhungen brauchen.

Am 26. Juni 2018 war industriAll Europe gemeinsam mit dem EU-Kommissar für Beschäftigung, BusinessEurope, CEEP, SME-united und Vertreter\*innen vieler EU-Regierungen in Sofia, um die vom EGBinitiierte europäische Allianzfür die Aufwärtskonvergenz der Löhne zu unterstützen. Wir konnten CEEMET, den europäischen Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie, überzeugen, bei der Konferenz zu sprechen. CEEMET-Generaldirektor Uwe Combüchen betonte die Bedeutung von Tarifverhandlungen zwischen unabhängigen Partnern insbesondere im Zusammenhang mit der Lohngestaltung. Ferner betonte er, dass Löhne an die Produktivitätsentwicklungen gekoppelt werden sollten. Die EU-Kommission und die nationalen Regierungen müssen nun ihre Versprechen einlösen.

Erwähnenswert ist unser Engagement in Bezug auf die Entsenderichtlinie. Die Annahme eines Kompromisses zwischen dem EU-Parlament und dem Rat am 29. Mai 2018 war ein Schritt in die richtige Richtung. Er bestätigt die Grundsätze des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am Arbeitsplatz. Wir beobachten jedoch noch immer viele Formen des Sozialdumpings in Europa.

Schließlich beteiligte sich industriAll Europe am EGB-Projekt zu transnationalen Betriebsvereinbarungen unter dem Titel "Auf Erfahrungen aufbauen: ein Win-win-Ansatz für transnationale industrielle Beziehungen in multinationalen Unternehmen", das die europäischen Gewerkschaftsverbände, EGB und BusinessEurope zusammenbrachte. In den letzten zwei Jahren war industriAll Europe in das Follow up mehrerer transnationaler Betriebsvereinbarungen involviert und verhandelte – auf Basis des Mandatsverfahrens – mehrere solcher Vereinbarungen (Safran, Engie und PSA, …) neu.

Wir beschäftigen uns noch immer mit der Flüchtlingskrise – und der Frage, wie Migrant\*innen in den Arbeitsmarkt integriert werden können.





#### **Aufbau von Gewerkschaftsmacht (AvGM)**

Auf dem industriAll Europe-Kongress im Juni 2016 verpflichteten sich alle Mitgliedsorganisationen, den Aufbau von Gewerkschaftsmacht zur obersten Priorität auf der europäischen Agenda zu machen. Das Hauptaugenmerk dieses neuen Arbeitsbereichs liegt darauf, die Gewerkschaften zu stärken, die Mitgliederzahl zu erhöhen und eine größere transnationale Solidarität zu schaffen.

Die Umsetzung war bislang durch zwei Phasen gekennzeichnet. In der ersten Phase wurde eine AvGM-Taskforce eingerichtet und ein erster AvGM-Aktionsplan für Organising auf betrieblicher Ebene verabschiedet. In der zweiten Phase wurde eine strategische Organising-Einheit eingerichtet, die einen systematischeren und umfassenderen Ansatz für diesen Schwerpunktbereich ermöglicht hat.

In der ersten Phase haben die Taskforce und der Aktionsplan 2017-2018 Kriterien für Unternehmen bestimmt, die für gezielte Organising-Maßnahmen in Frage kommen. Die Mitgliedsorganisationen benannten Unternehmen, die ihrer Ansicht nach von transnationaler Kooperation im Bereich Organising profitieren würden. In der Sitzung der Taskforce im Oktober 2017 wurde eine erste Gruppe von Unternehmen für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen lokalen Gewerkschaften und Gewerkschaften aus dem Sitzland des Unternehmens vorgeschlagen. Für eine zweite Gruppe vorgeschlagener Unternehmen förderte industriAll Europe eine bilaterale Zusammenarbeit, indem sie die Gewerkschaft, die eine Organisingmaßnahme vorschlug, mit der Gewerkschaft, die diese Maßnahme unterstützte, zusammenbrachte, so dass diese gemeinsam einen Organisingplan für die betreffenden Betriebe oder Unternehmen ausarbeiten konnten.

Bei einem Workshop vom 13. bis 15. November 2017 in Bratislava und später im Januar 2018 bei einem gemeinsamen Schulungsseminar des Unternehmenspolitischen und der Task Force in Budapest konzentrierten sich die Teilnehmer\*innen auf die Schwerpunkte für das Organising von Unternehmen: erfolgreiche nationale und transnationale Organisingaktivitäten, allgemeine Strategien für transnationales Organising auf betrieblicher Ebene und die Entwicklung von Instrumenten für Europäische Betriebsräte (EBR). Zu beiden Sitzungen waren die Vertreter\*innen der Zielunternehmen eingeladen, um sich auszutauschen und transnationale Teams für das Organising in den Zielunternehmen zu bilden. Auf diese Weise ermöglichte industriAll Europe die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsorganisationen der potenziellen Zielunternehmen.

IndustriAll Europe führte 2017-2018 zudem ein tarifpolitisches Projekt durch, das tarifpolitische Trends beleuchtete. Ein Hauptthema war die Notwendigkeit einer engen Abstimmung zwischen den Mitgliedsorganisationen bei der Lohnentwicklung und die Notwendigkeit der Stärkung sektoraler Tarifverhandlungsstrukturen, die für den Aufbau gewerkschaftlicher Macht und die Gewinnung neuer Mitglieder entscheidend sind. Weitere Informationen sind im Abschnitt zu Tarifpolitik zu finden. Ergebnis des Projektes war die Kampagne "Together at Work".



Im Oktober 2017 akzeptierte die EU-Kommission einen Projektantrag von industriAll Europe mit dem Titel "Stärkung der Kapazitäten der Gewerkschaften in Südosteuropa zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Schuhbranche". Das Projekt lief von Januar 2018 bis November 2019. Der Schwerpunkt lag - über die Erfassung der Lieferketten von Unternehmen und die Analyse des Sektors hinaus - auf der Erhöhung der Mitgliederzahl, dem Abschluss von Tarifverträgen und dem Aufbau strategischer Koalitionen zwischen lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und unseren Mitgliedsgewerkschaften. Zwischen 2018 und 2019 gelang es den teilnehmenden Gewerkschaften tausende neue Mitglieder in Südosteuropa zu gewinnen. Sie initiierten außerdem Verhandlungen zwischen unseren rumänischen Mitgliedsgewerkschaften in diesem Sektor und der Modemarke H&M und schafften es, das Bewusstsein der Marke Benetton für die Arbeitsbeziehungen bei ihren Zulieferern in der Region zu erhöhen.

Im März 2018 fand eine Debatte zwischen industriAll Europe und einigen großen Mitgliedsorganisationen zur Zukunft der Priorität "Aufbau von Gewerkschaftsmacht" bei industriAll Europe statt. Es bestand Einigkeit darüber, dass alle Gewerkschaften konkrete Verpflichtungen eingehen müssen. Infolgedessen ging industriAll Europe zur nächsten Stufe und der Verbesserung der strategischen Ausrichtung von industriAll Europe zum Aufbau gewerkschaftlicher Macht über.

Die Einstellung eines Strategischen Organisators ermöglichte es uns, diese Priorität weiter voranzutreiben: Strategien für umfassendes Organising festlegen, die Mitgliedsorganisationen bei Organisingkampagnen unterstützen, Unternehmen, Sektoren und Zielgruppen ermitteln und Schulungsseminare anbieten.

Im Jahr 2019 wurden Diskussionen initiiert, um in den Netzwerken Luft- und Raumfahrt, Automobil, Pharmaindustrie sowie in den Arbeitsgruppen Jugend und Angestellte systematischer am Aufbau von Gewerkschaftsmacht zu arbeiten. Das Netzwerk Luft- und Raumfahrt beschloss im Juni 2019, eine entsprechende bilaterale Zusammenarbeit bei Diehl Aerospace zu unterstützen. Diese Zusammenarbeit erfolgte zwischen den betroffenen Mitgliedsgewerkschaften IG Metall (DE) und VDSZ (HU). IndustriAll Europe koordinierte die Aktivitäten.

Im Jahr 2019 entwickelte industriAll Europe außerdem ein Schulungskonzept für Organising auf Unternehmensebene, und Anfang 2020 wurde ein entsprechendes Handbuch veröffentlicht.

Darüber hinaus wurde auf der Internetseite von industriAll Europe ein Bereich geschaffen, um erfolgreiche Beispiele unserer Mitgliedsorganisationen vorzustellen.

IndustriAll Europe führte 2019 folgende Schulungsseminare zum Thema Organising für unsere Mitgliedsorganisationen durch:

- Januar: für EBR-Mitglieder und EBR-Koordinator\*innen, zusammen mit dem ETUI;
- März: für die Mitglieder des Exekutivausschusses der ungarischen Chemiearbeitergewerkschaft VDSZ, zusammen mit der IGBCE;

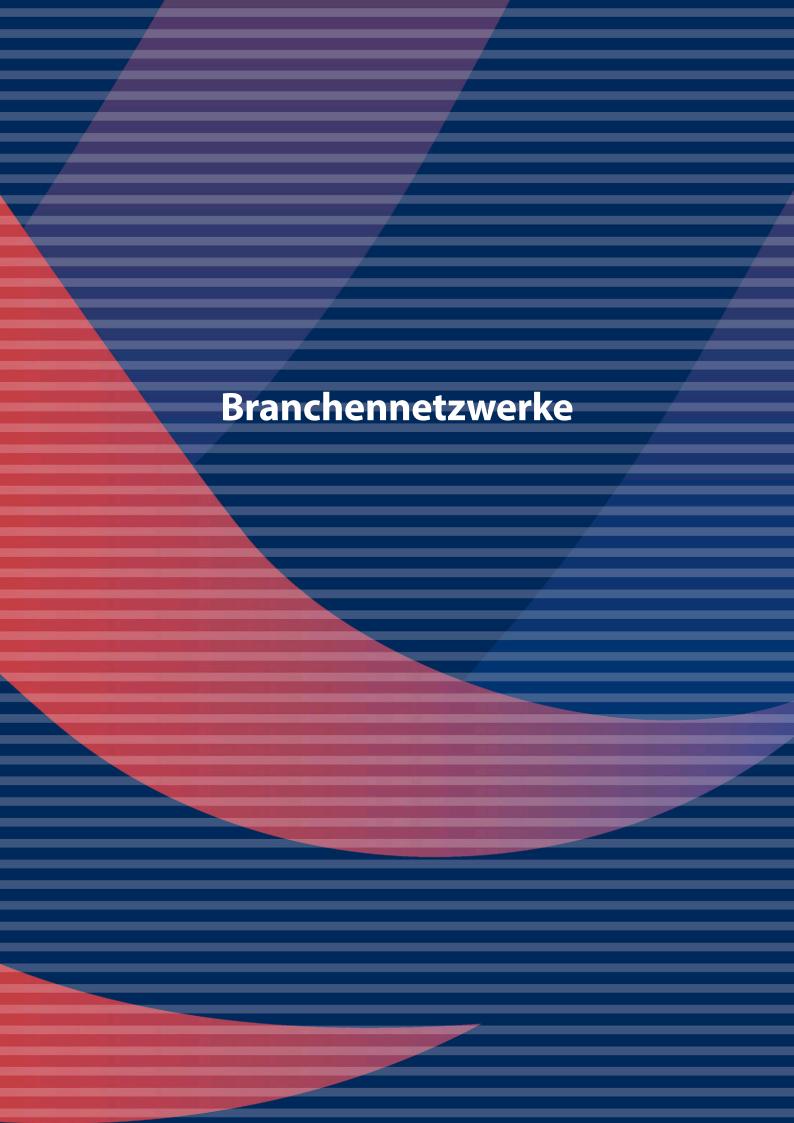


- September: für Jugendvertreter\*innen zu Organisingprinzipien, Initiativen und bewährten Verfahren, wenn es um die Gewinnung junger Mitglieder geht, gemeinsam mit dem ETUI;
- Oktober: für Mitgliedsorganisationen der Textilbranche aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Montenegro, Rumänien und Serbien, in Zusammenarbeit mit ACV-CSC METEA;
- Oktober: für alle Mitgliedsorganisationen in Bosnien-Herzegowina.

Nach der Entscheidung der Task Force im Mai 2019, einen "Best-Practice-Ansatz" zu verfolgen, unterstützt industriAll Europe die tschechische Gewerkschaft OS KOVO in ihrem Bestreben, sich zu einer Organising-Gewerkschaft zu entwickeln. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts arbeiten wir an konkreten betrieblichen Organisierungskampagnen in der Tschechischen Republik.



Schulung "Building Trade Union Power» für OS KOVO-Aktivist\*innen, Oktober 2019, Prag







#### **Luft- und Raumfahrt**

Das Netzwerk Luft- und Raumfahrt hat folgende Prioritäten für sich definiert: eine klare gewerkschaftliche Position und klare Forderungen zu den Themen Digitalisierung und Qualifikationen bestimmen, die Sorgen der Beschäftigten über den Brexit betonen, die Zukunft des EU-Raumfahrtsektors aktiv fördern und die gewerkschaftliche Koordinierung und den Aufbau gewerkschaftlicher Macht verbessern.

Das Netzwerkhatseine Sichtbarkeitauf EU-Ebeneweiterverbessert, indemessichaufhoherpolitischer Ebene für eine ehrgeizige sektorale Industriepolitik eingesetzt hat. Verbesserte Beziehungen auf EU-Ebene haben dazu geführt, dass die Mitgliedsorganisationen an Veranstaltungen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und EU-Kommissaren teilgenommen und dort Stellung bezogen haben, darunter die von MEP Willmott mit EU-Kommissarin Bieńkowska (2016) organisierte Europäische Raumfahrtkonferenz und der EU-Luft- und Raumfahrttag (2017) mit der Sky and Space Interest Group (MEP) sowie zahlreiche andere hochrangige Veranstaltungen. Ein bemerkenswertes Ergebnis war die Veröffentlichung der Stellungnahme der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) mit dem Titel "Herausforderungen und industrieller Wandel im Luftund Raumfahrtsektor der EU", die breite europäische Unterstützung fand und bei der industriAll Europe als Gewerkschaftsexperte fungierte. Das Netzwerk hat sich verpflichtet, seine Lobbyarbeit auf europäischer Ebene auch im neuen EU-Mandatszeitraum 2019-2024 fortzusetzen.

Im Einklang mit der Strategie von industriAll Europe, soziale Dialoge in Sektoren einzurichten, in denen dies sinnvoll und möglich ist, wurden mit ASD Europe (dem Industrieverband, der die europäische Luft- und Raumfahrt, Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie vertritt) Anstrengungen unternommen, um einen Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog einzurichten, der von der Europäischen Kommission anerkannt und unterstützt wird. Nach einem gemeinsamen Antrag im Jahr 2017 fanden Gespräche zwischen den Sozialpartnern und dem Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog in der Metall- und Technologieindustrie statt, um zu einem gemeinsamen Vorschlag zu gelangen. Der Antrag wurde jedoch schließlich vom derzeitigen Präsidenten des ASD Europe blockiert, und das Thema liegt nun auf Eis.

Der Brexit birgt aufgrund der integrierten Lieferkette über ganz Europa hinweg eine erhebliche Gefahr für die Luft- und Raumfahrtbranche. Die Beschäftigten auf beiden Seiten des Ärmelkanals wären von Änderungen in Bezug auf Zollunion und Binnenmarkt negativ betroffen, was Europas Mitbewerbern einen weiteren Vorteil verschaffen würde. IndustriAll Europe hat diverse Treffen mit MdEPs, Kommissionsvertreter\*innen und Ständigen Vertreter\*innen bei der EU organisiert, um unsere Positionen im Namen der europäischen Beschäftigten in der Branche zu präsentieren. Das Positionspapier "Auswirkungen des Brexits auf die Luft- und Raumfahrtbranche" (2017) stellt die Forderungen der Beschäftigten in der Luft- und Raumfahrt klar heraus und wurde für die Lobbyarbeit bei britischen und EU-Entscheidungsträger\*innen genutzt.





Während dieser Mandatsperiode wurde ein größerer Fokus auf den europäischen Raumfahrtsektor gelegt. Dieser Sektor, der viel kleiner ist als der Luftfahrtsektor, bietet Tausenden von Arbeitnehmer\*innen in Europa hochtechnische und menschenwürdige Arbeitsplätze und ist für die EU ein Schlüsselbereich für F&E und innovative Technologie. IndustriAll Europe organisierte am 29. Mai 2018 einen Raumfahrt-Workshop bei dem Expert\*innen verschiedener Gewerkschaften, von Airbus, Safran und ASD Space ihre Forderungen für die Zukunft des Sektors präsentierten. Das Positionspapier "EU-Raumfahrtstrategie - Wettbewerbsfähigkeit sichern, Arbeitsplätze sichern" (2019) wurde gut aufgenommen, und industriAll Europe drängt gegenüber den EU-Institutionen, der Industrie, den nationalen Regierungen und der Europäischen Weltraumorganisation weiterhin auf dringende Maßnahmen zum Schutz der Zukunft der europäischen Industrie.

Die gewerkschaftliche Koordinierung wurde als Priorität festgelegt. Deshalb wurde 2019 in Rzeszow (Polen) eine Sitzung organisiert, um die Koordination zwischen Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern sowie zwischen den Beschäftigten der größeren Hersteller und denen in den Lieferketten zu verbessern. Zu den Teilnehmer\*innen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern gehörten Vertreter\*innen aus Polen, Rumänien und Ungarn, und es wurde darüber diskutiert, wie die Koordination angesichts der budgetären Einschränkungen (Verdolmetschungs- und Reisekosten) fortgesetzt werden kann. Die Teilnehmer\*innen hoben den Erfolg der Sitzung hervor, und für 2019/2020 ist weitere Koordinierung geplant.

Neben der Stärkung der gewerkschaftlichen Koordinierung wurde der Aufbau von Gewerkschaftsmacht als Schlüsselprojekt bestimmt. Das Netzwerk hat Diehl Aerospace als Ziel ausgewählt, und industriAll Europe arbeitet mit deutschen und ungarischen Gewerkschaften zusammen, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind und gut koordiniert werden.

Das Netzwerk ist weiterhin sehr aktiv, mit vierteljährlichen Sitzungen der kleinen Arbeitsgruppe (SWP), die von den Mitgliedsgewerkschaften ausgerichtet werden, und mit regelmäßigen Werksbesichtigungen.

#### **Automobil**

Die Automobilindustrie befindet sich an einem Scheideweg und steht vor einer Reihe von gleichzeitig stattfindenden strukturellen Veränderungen. Die Branche muss von einem Modell, das stark von Kohlenwasserstoff-Kraftstoffen abhängig ist, zu einer kohlenstoffarmen, digitalisierten Industrie übergehen. Massenproduktion und -konsum werden durch nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum ersetzt werden. Daher muss die Automobilindustrie die Digitalisierung des Pkws sowohl im Hinblick auf das Produkt als auch die Art seiner Fertigung annehmen. Pkws sind zudem immer stärker vernetzt und enthalten immer mehr Funktionen für automatisiertes Fahren. Um bis 2050 Kohlenstoffneutralität zu erreichen, werden neue CO<sub>2</sub>-Emissionsstandards zu einem immer





höheren Anteil an emissionsarmen und emissionsfreien Autos führen. Mobilitätsdienstleistungen werden ein eigenes Auto immer überflüssiger werden lassen. All dies wird die Struktur der europäischen Automobilindustrie dramatisch verändern. Wir wissen jedoch noch nicht, wie – und wie rasch – diese Umwälzungen erfolgen werden. Dies wird von technologischen Entwicklungen, den Innovationskosten, Veränderungen des regulatorischen Rahmens, der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle (wie Mobilitätsdienste), Trends bei Verbrauchervorlieben und Veränderungen im globalen Handelssystem abhängen. Der Countdown hat jedoch zweifellos begonnen, und in den kommenden Jahren wird ein Massen-Durchbruch von Elektrofahrzeugen erwartet. Als Folge des Zusammenspiels dieser strukturellen Veränderungen und des Endes einer Boomphase im Wirtschaftszyklus mit stagnierenden Pkw-Verkaufszahlen wird die Branche mit tiefgreifenden Umstrukturierungsprozessen konfrontiert sein, die Tausende von Arbeitsplätzen betreffen.

Um all diese Herausforderungen zu bewältigen, engagierte sich industriAll Europe in einer Vielzahl von Initiativen. Unsere Organisation nahm an den Sitzungen der hochrangigen Gruppe GEAR 2030 teil, die Interessenvertreter der Automobilindustrie, die EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten zusammenbrachte. Über zwei Jahre wurde eine Analyse der automobilen Wertschöpfungskette durchgeführt. Eine Sherpa-Gruppe und acht Arbeitsgruppen diskutierten die aktuelle und künftige Situation der Automobilbranche in einem sich rasch wandelnden Umfeld und sprachen Empfehlungen für politische Initiativen auf EU-Ebene zu folgenden Themen aus: Globalisierung und der Einfluss Chinas, vernetztes und automatisiertes Fahren, Dekarbonisierung des Verkehrs, Forschung, struktureller Wandel in der Wertschöpfungskette, Kompetenzen und regulatorischer Rahmen.

IndustriAll Europe legte eine Position zu den neuen  ${\rm CO_2}$ -Emissionsstandards für Pkws fest. In mehreren Anhörungen und Stakeholder-Treffen wurde diese Position Entscheidungsträger\*innen und der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Aus der Sicht von industriAll Europe muss ein Gleichgewicht zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gefunden werden. Da Elektrofahrzeuge viel einfacher zu fertigen und weniger wartungsintensiv sind, besteht die Gefahr, dass die Dekarbonisierung des Verkehrs viele Arbeitsplätze in der Automobilindustrie überflüssig macht.

Gemeinsam mit der IG Metall haben wir eine Veranstaltung im EU-Parlament organisiert, um die Ergebnisse einer vom deutschen Fraunhofer-Institut durchgeführten Studie zu den Auswirkungen der Elektrifizierung auf die Beschäftigung in der Automobilbranche vorzustellen.

IndustriAll Europe hat in der Lenkungsgruppe des Drives-Projektes (Development and Research on Innovative Vocational Educational Skills) mitgearbeitet, einer Stakeholder-Partnerschaft für die Entwicklung von branchenspezifischen Kompetenzen. Dies war eine von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Agenda für neue Kompetenzen ins Leben gerufene Initiative.

Außerdem haben wir an verschiedenen Studien im Rahmen des Forschungsprojekts "Fuelling Europe's Future" mitgewirkt, die sich mit den makroökonomischen Auswirkungen der





Elektrifizierung des Verkehrs befassen. Diese wurden von der Europäischen Klimastiftung in Auftrag gegeben und von Cambridge Econometrics durchgeführt.

IndustriAll Europe analysierte die möglichen Auswirkungen des Brexits und des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTIP) auf die Automobilindustrie. Als Teil unseres umfassenden Monitorings boten wir weiterhin einen jährlichen Überblick über die wichtigsten strukturellen und zyklischen Entwicklungen in der Branche. Besonderes Augenmerk lag dabei auf Fusionen und Übernahmen, Veränderungen in der Lieferkette und Beschäftigungsstruktur, der Entwicklung emissionsarmer Fahrzeuge, dem Trend zu Mobilitätsdienstleistungen und den Veränderungen des regulatorischen Rahmens nach dem "Dieselgate". Wir bewerteten auch die Auswirkungen der Elektrifizierung auf die Struktur der Branche und setzten uns für die volle Kapazität der Lieferkette für Elektrofahrzeuge innerhalb der EU ein, einschließlich Batterien, um die Abhängigkeit von asiatischen Importen zu verringern.

Auf politischer Ebene setzten wir uns für eine besondere Förderung kohlenstoffintensiver Regionen und Sektoren ein (was die Automobilindustrie und -Regionen einschließen sollte).

Wir unterstützten FNV-Transport bei ihrer Kampagne zu den Arbeitsbedingungen im Kfz-Transportsektor und der Verantwortung der Erstausrüster für die Einhaltung der Arbeitsrechte in ihren Lieferketten.

IndustriAll Europe fungierte als Mitberichterstatter und Experte in zwei Stellungnahmen der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI), die sich auf die Automobilindustrie bezogen: "Die Automobilindustrie an der Schwelle zu einem neuen Paradigma?" und "Künstliche Intelligenz in der Automobilindustrie".

Wir führten interne Diskussionen über die Fusion zwischen PSA und Opel, die jüngste Welle von Umstrukturierungen und wie man sie antizipieren und bewältigen kann, den Aufbau gewerkschaftlicher Macht entlang der automobilen Wertschöpfungsketten, den Abgasskandal und den Transformationsatlas der IG Metall.

Die gewerkschaftsfreundlichen Beratungsunternehmen Secafi und Syndex wurden eingeladen, um über ihre Aktivitäten in der Automobilindustrie zu sprechen und darüber, wie sie unsere Mitglieder unterstützen können.

Schließlich war industriAll Europe auch an der Vorbereitung der verschiedenen von der Kommission vorbereiteten Pakete für den Straßenverkehr beteiligt (einschließlich eines neuen Systems zur Überwachung und Berichterstattung über die  $\mathrm{CO}_2$ -Emissionen und den Kraftstoffverbrauch von neuen schweren Nutzfahrzeugen).



# Metallerzeugung und -bearbeitung

Das Netzwerk Metallerzeugung und -bearbeitung hatte folgende Prioritäten für sich festgelegt: die künftige Industriepolitik für die Branche (einschließlich dringend notwendiger Investitionen in Standorte in ganz Europa), Kampf gegen globale Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrung sowie die Dekarbonisierung der Branche ohne negative Folgen für die Beschäftigten.

Im Nachgang des Kongresses 2016 in Madrid organisierte industriAll Europe im November 2016 eine Stahldemonstration mit 15.000 Teilnehmern unter dem Motto "Nein zu einem Europa ohne Stahl". Im Vorfeld des Kongresses 2020 hat das Netzwerk einen neuen "Europäischen Aktionsplan Stahl" erarbeitet, der Teil einer ehrgeizigen europäischen Kampagne zum Schutz der europäischen Stahlindustrie und ihrer Beschäftigten sein wird.

Der europäische Aktionsplan Stahl wurde in zwei Workshops im Jahr 2019 diskutiert und wird als Grundlage für die Arbeit mit den neuen EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und der Industrie dienen. Die gewerkschaftlichen Forderungen umfassen die Bereiche Industriepolitik, Handel, Umwelt, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Sozial- und Beschäftigungspolitik. IndustriAll Europe wird entscheiden, ob eine weitere europäische Demonstration erforderlich ist, um die Forderungen der Gewerkschaften zu unterstreichen.

Das Netzwerk hat mit dem Unternehmenspolitischen Ausschuss von industriAll Europe beim Joint Venture von Tata Steel und Thyssenkrupp (das schließlich aufgegeben wurde) und bei der Veräußerung von Ilva durch ArcelorMittal und der daraus resultierenden Veräußerung

von sechs Standorten in Europa an Liberty House zusammengearbeitet. Industri All Europe hat außerdem eine spezielle Verhandlungsgruppe eingesetzt, die mit der Aushandlung einer europäischen Rahmenvereinbarung beauftragt wurde, um die Integration der neuen Liberty House-Standorte in Europa zu unterstützen. In den Jahren 2018 und 2019 fanden verschiedene von industri All Europe organisierte Gewerkschaftstreffen statt, und die Mitglieder werden in diesen Fragen weiterhin unterstützt.

Globale Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrung bleiben die größten Bedrohungen für die europäische Stahl- und Aluminiumbranche. IndustriAll Europe hat sich daher für modernisierte handelspolitische Schutzinstrumente und eine neue Anti-Dumping-Methode eingesetzt, die beide 2018 von der EU verabschiedet wurden. Über Lobbyarbeit bei der



Demonstration "Kein Europa ohne Stahl» im November 2016, organisiert von industriAll Europe





EU und eine aktive Rolle im OECD-Stahlausschuss fordert industriAll Europe auch weiterhin Transparenz und ein Ende der unfairen staatlichen Beihilfen. Im Jahr 2019 war industriAll Europe die erste Gewerkschaftsorganisation, die vor dem Global Forum of Steel Excess Capacity (bestehend aus Ministern der G20-Länder) sprach.

Die von den USA für 2018 angekündigten hohen Zölle gemäß Abschnitt 232 (25% auf Stahl und 10% auf Aluminium) stellen eine echte Bedrohung für die europäische Industrie dar. IndustriAll Europe hat daher 2018 an der Untersuchung der Europäischen Kommission zu Schutzmaßnahmen (C.111) und an der Anhörung des Ausschusses für internationalen Handel im Europäischen Parlament teilgenommen, um EU-Schutzmaßnahmen zu fordern, die die europäischen Beschäftigten davor schützen, den Preis für zu große Mengen billigen Stahls und billigen Aluminiums zahlen zu müssen. Die Lobbyarbeit führte dazu, dass 2019 europäische Schutzmaßnahmen eingeführt wurden.

#### **Chemikalien & Grundstoffe**

Das Netzwerk für Chemikalien und Grundstoffe beschäftigte sich unter anderem mit REACH (der EU-Verordnung zur Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Beschränkung von Chemikalien) und der künftigen Rolle der Europäischen Chemikalienagentur ECHA in Helsinki sowie der Neufassung der Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten (EBR) und der Neufassung der Richtlinie für den Schutz vor Karzinogenen und Mutagenen.

Hinsichtlich der Rolle der ECHA wurde eine Zusammenlegung des Wissenschaftlichen Ausschusses für Arbeitsplatzgrenzwerte, der europaweite Arbeitsplatzgrenzwerte vorgibt, und des Ausschusses für Risikobewertung der ECHA, der den REACH-Prozess verwaltet, erörtert. Das Netzwerk zog das Fazit, dass eine Zusammenlegung den Fokus verschieben würde, sodass Fragen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz übergangen werden könnten. Diskussionsergebnis war eine gemeinsame Stellungnahme mit unseren Sozialpartnern, die im Beisein des ehemaligen ECHA-Generaldirektors Geert Dancet unterzeichnet wurde.

Die Neufassung der Richtlinie für den Schutz vor Karzinogenen und Mutagenen soll die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten in der gesamten Lieferkette gewährleisten. Die Kommission hat diese Revision initiiert, um die Umsetzung zu erleichtern, indem sie europaweit verbindliche Expositionsgrenzwerte für verschiedene Stoffe einführt, die industriAll Europe als wesentliche Instrumente zur Minimierung der Expositionswerte ansieht. Das Netzwerk diskutierte, wie die Neufassung unterstützt werden kann – auch im Hinblick auf die künftigen Überarbeitungen der Karzinogen- und Mutagenrichtlinie.

Die europäischen Institutionen haben an mehreren Gesetzesinitiativen gearbeitet, die für den Chemie- und Grundstoffsektor von großer Bedeutung sind. Einige Initiativen wurden abgeschlossen (z.B. die Richtlinie zum Verbot von Einwegkunststoffen). Andere werden derzeit vorbereitet oder verhandelt und vom Sekretariat aufmerksam verfolgt. Dies gilt für weitere Initiativen im





Rahmen der Kunststoffstrategie der Europäischen Kommission oder für die Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallgesetzgebung (Mitteilung). Mögliche Folgen dieser Initiativen wurden vom Netzwerk diskutiert.

Das Netzwerk beschloss einen Aktionsplan, der vier Schlüsselbereiche für den Austausch und Aktionen bestimmt:

- 1. Stärkung der europäischen Industrien erfordert das Eintreten für gute Rahmenbedingungen, Anreize für Forschung, Entwicklung und Innovation und die Gewinnung von Fachkräften. Der Zugang zu Rohstoffen und Energie (siehe unten) sind dabei ebenso von Interesse wie die Chancen und Herausforderungen, die der Übergang zur Kreislaufwirtschaft mit sich bringt. Politische Forderungen werden formuliert und den europäischen Institutionen übermittelt.
- 2. Die künftige europäische Energie- und Dekarbonisierungspolitik stellt die Chemie- und Grundstoffindustrie vor große Herausforderungen. Das Netzwerk wird die Auswirkungen und potenziellen Bewältigungsmaßnahmen bewerten und politische Forderungen formulieren. Das Netzwerk wird den Dialog mit Arbeitgebern, Institutionen und anderen interessierten Parteien verstärken.
- 3. Digitalisierung: Es wurden bereits mehrere Studien über die Auswirkungen der Digitalisierung und die Möglichkeiten der Gewerkschaften zur Beeinflussung und Gestaltung der auf Unternehmensebene stattfindenden Veränderungen durchgeführt. Das Netzwerk wird bewährte Verfahren unter seinen Mitgliedern und mit anderen Netzwerken und politischen Ausschüssen austauschen.
- 4. Die Vorbereitung der Beschäftigten auf die Industrie von morgen erfordert eine solide Ausbildung und lebenslanges Lernen, aber auch die Sicherung guter Arbeitsbedingungen mit einem beherrschbaren Maß an (psychischem) Stress für eine Belegschaft jeden Alters im Rahmen von Tarifverträgen.

In einem gemeinsamen Workshop mit der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter über die Zukunft der Zementindustrie wurden gewerkschaftliche Strategien diskutiert. Beide Verbände verpflichteten sich zu einer engen Zusammenarbeit in der Zukunft.

Bei einem Netzwerktreffen, das den Glas- und Papiersektoren gewidmet war, wurden die Herausforderungen und Chancen in diesen Branchen diskutiert. Die Teilnehmer\*innen befassten sich mit den möglichen Folgen der europäischen Klimaziele und diskutierten die Positionierung der Gewerkschaften. In diesem Zusammenhang wurde auch das anstehende Projekt von industriAll Europe zur Dekarbonisierung und zum gerechten Strukturwandel diskutiert. Die Teilnehmer\*innen bewerteten das aktuelle NEPSI-Projekt und diskutierten die Chancen, die sich aus der europäischen Bioökonomie-Strategie ergeben.





# **Energie**

Die Arbeit des Energienetzwerks von industriAll Europe wurde von der Umsetzung der Strategie für die Energieunion bestimmt. Die EU-Kommission veröffentlichte im November 2016 das "Clean Energy Package" und stellte damit eine Palette ehrgeiziger politischer Maßnahmen in drei zentralen Bereichen in den Vordergrund: erneuerbare Energiequellen, Energieeffizienz und die Gestaltung des Energiemarkts. Außerdem umfasste das Paket einen neuen Vorschlag zur Governance der Energieunion, der die Klima- und Energieziele bis 2030, den Beitrag der EU zur Umsetzung des Abkommens von Paris, aktualisierte.

IndustriAll Europe aktualisierte ihre Position zur Energiepolitik (Verabschiedung durch den Exekutivausschuss am 12. Juni 2018 in Sofia) unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen und forderte eine Energiepolitik, die in eine Industriepolitik eingebettet ist und Wachstum und Entwicklung in unseren Industriebranchen und der Beschäftigung ermöglicht. IndustriAll Europe fordert einen gerechten Übergang für die Beschäftigten in den Branchen und Regionen, die von den politischen Entscheidungen betroffen sein werden. Wirtschaftliche Störungen müssen vermieden und Umschulungen angeboten werden. Das Antizipieren von Veränderungen mithilfe des Sozialdialogs und Umschulungs- und Weiterbildungsstrategien werden ebenso wie starke soziale Sicherungssysteme entscheidend sein. Die Forderung von industriAll Europe und EGB, in der vierten Handelsperiode des EU-Emissionshandelssystems einen Fonds für gerechten Übergang einzurichten, wurde nur zum Teil erfüllt. Mittel für den Fonds für einen gerechten Übergang werden durch den EU-Modernisierungsfonds bereitgestellt. Das heißt, dass nur die zehn Länder mit einem BIP unter 60 % des EU-Durchschnitts profitieren. Als Teil des europäischen Grünen Deals schlug die Europäische Kommission im Januar 2020 jedoch einen Mechanismus für den gerechten Übergang vor, einschließlich eines Fonds für einen gerechten Übergang mit einem Budget von 7,5 Milliarden Euro, um Regionen zu unterstützen, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind.

Im November 2018 veröffentlichte die Kommission ihre langfristige Strategie "Ein sauberer Planet für alle" mit dem Ziel, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Im Laufe des Jahres 2019 entwickelte das Netzwerk Energie gemeinsam mit dem Industriepolitischen Ausschuss eine Position zu dieser Strategie und erörterte, wie die Transformation durch eine tiefgreifende Dekarbonisierung der Industrien erreicht werden kann.

Im Zuge der Strategie für eine Energieunion hat die EU-Kommission im Dezember 2017 eine Plattform für Kohleregionen im Wandel ins Leben gerufen. Ziel ist, bewährte Praktiken in Bezug auf den strukturellen Wandel und die Ökoinnovation zu teilen. Die Plattform arbeitet in zwei Arbeitsgruppen: einer zum strukturellen Wandel und einer zu Ökoinnovation und fortschrittlichen Kohletechnologien. Die Plattform kann als Chance gesehen werden, einen gerechten Übergang und die Einbeziehung von Gewerkschaften zu fördern. Die Zahl der teilnehmenden Länder ist allerdings noch begrenzt, und die Beschäftigungsdimension muss gestärkt werden. Gleiches gilt für die Beteiligung von Gewerkschaften an der Debatte.





Da diese Politik den Rahmen bestimmt, in dem unsere Industriebranchen global operieren und konkurrieren, hat industriAll Europe zur Erneuerung seines Energienetzwerks aufgerufen. Dazu soll dessen Arbeitsbereich erweitert werden, um sowohl die Bedürfnisse der Energieerzeuger, aber auch jene der energieintensiven Industrien und der Hersteller von Energieanlagen und -ausrüstung widerzuspiegeln. Nach der Einigung in der Sitzung des Exekutivausschusses im Dezember 2017 wurden alle Organisationen aufgefordert, Nominierungen einzusenden. Das Energienetzwerk mit seinem neuen Umfang sollte es industriAll Europe ermöglichen, eine inklusivere Diskussion zu führen, auf die sich der Industriepolitische Ausschuss stützen kann.

Auf der COP24, die im Dezember 2018 in Kattowitz stattfand, unterzeichneten 55 Parteien die Schlesien-Erklärung zu Solidarität und einem gerechten Übergang, die vom IGB und EGB sowie von industriAll Europe und EGÖD gefördert wurde. Nach dem Verweis auf einen gerechten Übergang in der Präambel des Pariser Abkommens ist die Unterzeichnung dieser Erklärung ein weiterer wichtiger Schritt zur Anerkennung der Bedeutung der sozialen Dimension in der Klimapolitik.

Im September 2018 organisierte industriAll Europe gemeinsam mit dem EGI ein Schulungsseminar, um mit IndustriALL Global Union, IGB und EGB die größten Herausforderungen und gewerkschaftlichen Forderungen in Bezug auf die oben genannten politischen und gesetzgeberischen Entwicklungen zu diskutieren.

Im Jahr 2020 wird das Netzwerk die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagenen europäischen Grünen Deal, der wichtige Elemente wie ein Klimagesetz zur Verankerung der Klimaneutralität bis 2050, einen Fonds für einen gerechten Übergang, die Erweiterung des EHS, eine Kohlenstoffgrenzausgleichssteuer enthält, genau verfolgen. Im Dezember 2019 wurde eine Mitteilung zum Grünen Deal veröffentlicht. Das Netzwerk wird auch weiterhin mit dem Industriepolitischen Ausschuss zusammenarbeiten, um eine industriAll Europe- Position zu erreichen.

#### **IKT**

Seit dem industriAll Europe- Kongress 2016 nahmen Vertreter\*innen des Sekretariats an einem persönlichen Treffen mit Kommissar Oettinger (Digitalwirtschaft und -gesellschaft), an zwei von der EU- Kommission organisierten Treffen hochrangig besetzter Gruppen und an 27 Workshops teil. Sie traten bei 10 von EU-Institutionen oder Dritten organisierten Konferenzen bzw. Workshops als Redner auf.

Die zentralen Arbeitsgebiete des Branchennetzwerks IKT und des Sekretariats waren:

- freier Fluss industrieller Daten: Antwort auf die Konsultation der Kommission (2017)
- künstliche Intelligenz und Robotik



- Normung von IKT und speziell des industriellen Internets der Dinge zur Verhinderung von Monopolen: Beteiligung an der Initiative "Die europäische Industrie digitalisieren" der Kommission (2016-2018) und ihrer Multi-Stakeholder-Plattform für die IKT-Normung (2016-2019)
- digitale Kompetenzen: Teilnahme an der Auftaktveranstaltung des Bündnisses für digitale Kompetenzen & Jobs (2016)
- der industrielle Einsatz von Blockchain-Technologien für die Rückverfolgbarkeit z.B. von sozialen und ökologischen Arbeitsbedingungen und von Materialien für das Recycling
- Cypersicherheit.

Zusätzlich lief von Dezember 2014 bis Oktober 2016 das EU-Projekt "Strategiestudie zur Antizipation von Veränderungen in der europäischen IKT-Branche".

Ziel des Projekts war, Beschäftigten neben einer Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Bedrohungen (SWOT) einen klaren strategischen Überblick über die Branche sowie Handlungsempfehlungen zu geben. Das Ergebnis war ein ausführlicher Bericht über die wichtigsten Segmente der IKT in Europa sowie eine Reihe von Empfehlungen, die auf der Vorstellung basieren, dass große industrielle Anwendungsmärkte die Rolle von "Lokomotiven" für die IKT-Lieferkette spielen sollten. Die Arbeit schloss mit einer Einschätzung der Beschäftigungszuwächse, die durch die Umsetzung dieser Strategie zu erwarten sind. Das Projekt bot außerdem Gelegenheit, die Folgen der Digitalisierung für die Industriebeschäftigten und die internen Abläufe der Gewerkschaften eingehender zu diskutieren. Das Projekt führte dazu, dass industriAll Europe zu einem anerkannten Akteur in diesem Bereich der EU-Politik wurde.

Im November 2017 wurde ein Policy Brief mit dem Titel "Sharing the value added of Industrial Big Data fairly" veröffentlicht. Industrial Big Data umfasst das Know-how von Industriebeschäftigten aus Produktion und Wartung. Digitale Monopolisten (wie Google, Facebook, Microsoft etc.) dürfen sich dieses Wissens nicht bemächtigen. Die in dem Dokument gemachten konkreten Vorschläge wurden den EU-Institutionen zeitgleich zur offiziellen Konsultation übermittelt, um so größtmöglichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess auszuüben.

Im Januar 2019 wurde ein Policy Brief zum Thema "Artificial Intelligence: humans must stay in command" veröffentlicht. Künstliche Intelligenz und insbesondere das maschinelle Lernen führen zu erheblichen Bedenken der Arbeitnehmer\*innen: ständige Überwachung, unerklärliche Entscheidungen, Dequalifizierung. Wir haben in der EU-Debatte über "Ethische künstliche Intelligenz" auf diese Bedenken aufmerksam gemacht und Vorschläge zu ihrer Abfederung unterbreitet.





#### Maschinenbau

Seit dem Kongress von industriAll Europe 2016 waren die zentralen Arbeitsgebiete des Branchennetzwerks Maschinenbau:

- der mögliche Beitrag der Branche zur industriellen Demontage für die Kreislaufwirtschaft
- die additive Fertigung (Stichwort: 3D-Druck) und mögliche Auswirkungen auf Beschäftigte und Beschäftigung
- die Haftung bei Unfällen mit Robotern, autonomen Maschinen oder Fahrzeugen
- Beiträge zu den Konsultationen im Zusammenhang mit den Richtlinien über die Sicherheit von Aufzügen, Lärmschutz und die Sicherheit von Maschinen, die alle erhebliche Folgen für die Branche haben
- die Konsequenzen der Digitalisierung für die Branche.

Das Branchennetzwerk Maschinenbau war an zwei großen Projekten beteiligt: beide beschäftigten sich mit für die Branche wichtigen Fragen und können als erfolgreich angesehen werden, was das Erreichen ihrer Ziele angeht.

Das Projekt "Nachhaltigkeit, Kompetenzen und Beschäftigung in den Bereichen Werkzeugmaschinen & Robotik" begann im Dezember 2014 und lief bis November 2016.

Ziel des Projekts war die langfristige Antizipation der sozialen Folgen von Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit in zwei kleinen Sektoren, die als Testfälle ausgewählt wurden: Werkzeugmaschinen und Robotik. Das Projekt wurde in Kooperation mit unserem Sozialpartner in der Metallbranche (CEEMET) und den Industrieverbänden der Branchen Werkzeugmaschinen (Cecimo) und Robotik (EUnited Robotics) durchgeführt. Betrachtet wurden die Veränderungen der Qualifikationsanforderungen (qualitativ) und der Beschäftigung (quantitativ).

Das Projekt ermittelte eine Reihe zentraler Kompetenzen, die erforderlich sind, um für die Veränderungen bereit zu sein, die durch die bevorstehende Regulierung mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit entstehen. Es antizipierte auch, dass die Zahl der Arbeitskräfte gleichbleiben oder sich leicht erhöhen dürfte, auch wenn es zu einer Verschiebung zwischen Unternehmen oder Einsatzbereichen kommen könnte (z. B. weniger Werkzeugmaschinen für Verbrennungsmotoren, mehr für Elektroantriebe). Das Projekt schloss mit politischen Empfehlungen für die Sozialpartner und öffentliche Bildungseinrichtungen.

Im Januar 2016 startete ein weiteres Sozialdialogprojekt "Sicherer arbeiten mit Baumaschinen", das im November 2017 abgeschlossen wurde.

IndustriAll Europe übernahm eine Beobachterrolle in diesem Projekt, das von der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBBW), ihrem Sozialpartner, dem Europäischen Verband





der Bauindustrie FIEC, und dem Industrieverband der Baumaschinenhersteller CECE geleitet wurde und sich mit der Sicherheit der Bauarbeiter im Umgang mit Maschinen befasste. Das Ergebnis waren ein Memorandum of Understanding und vier Faktenblätter zu (1) Normung, (2) Ergonomie, (3) Kollisionsvermeidung und (4) Baustellenorganisation. Dieses Projekt zeigte das Interesse an einer Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette, bei der Arbeitnehmer\*innen und Unternehmen der Anbieter- und Nutzerseite zusammenarbeiten.

#### **Arzneimittel**

Dieses Netzwerk konzentriert sich auf die Situation der pharmazeutischen Branche und der Unternehmen auf nationaler Ebene sowie auf die Beobachtung und Beeinflussung von Entwicklungen, die europäische Entscheidungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit betreffen. Dabei geht es darum, dass auf beiden Ebenen die richtigen Rahmenbedingungen und die besten Anreize für F&E und Produktion geschaffen und umgesetzt werden.

Zur Sitzung des Netzwerkes 2017 wurde Syndex eingeladen einen Überblick über die Branche in Europa zu geben und die aktuellen Erkenntnisse darüber zu präsentieren, wie sich die Digitalisierung auf den Sektor auswirken wird. Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen war, dass die Verschiebung von konventionellen Arzneimitteln zu biologischen in Forschung und Entwicklung sowie in der Herstellung bereits zu Werksschließungen und Stellenkürzungen geführt hat. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bevorzugt in neue Werke statt in Recycling von Ausrüstung und Know-how investiert wird. Forschung und Entwicklung werden jedoch die Schlüssel zu zukünftiger Profitabilität sein, da sie ein starker Trumpf der europäischen Wirtschaft sind.

Da der Pharmabranche große Bedeutung für die Entwicklung neuer Arzneimittel und die Bekämpfung von Krankheiten zukommt, sie zugleich aber aufgrund eines gestiegenen Bedarfs an kosteneffizienteren Verfahren und des Drucks auf öffentliche Ausgaben vor größeren Herausforderungen steht, hat industriAll Europe einen "Aktionsplan für die Zukunft des Netzwerks" verabschiedet.

Der Aktionsplan definiert Herausforderungen wie die Austeritätsmaßnahmen der europäischen Regierungen, das schnelle Wachstum des Marktes, die Forschung in aufstrebenden Volkswirtschaften und die Abwanderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten außerhalb Europas sowie die Welle von Fusionen und Übernahmen in den Jahren 2015 und 2016. Die Rolle der Gewerkschaften sollte darin bestehen, industrielle und soziale Herausforderungen effizient anzugehen und so eine Orientierung und einen Konsens zu diesen Themen zu erreichen, um gute Beschäftigung zu erhalten und zu fördern.

Im Jahr 2019 lag ein Schwerpunkt der Arbeit des Netzwerkes auf den möglichen Folgen des Brexits für die Pharmaindustrie und die Mitgliedschaft in Europäischen Betriebsräten (EBR).





Das Netzwerk diskutierte auch aktuelle und zu erwartende europäische Gesetzesinitiativen, z.B. "Arzneimittel und Umwelt". Frühere Gesetzgebungen sahen die Verpflichtung vor, das Ausmaß der Verschmutzung von Wasser und Böden mit Arzneimittelrückständen zu untersuchen. In der aktuellen Mitteilung werden drei Ziele beschrieben: Ermittlung von Maßnahmen, die zu ergreifen oder weiter zu untersuchen sind, um den potenziellen Risiken zu begegnen, Förderung von Innovationen, die zur Bewältigung der Risiken beitragen können, und Ermittlung der noch bestehenden Wissenslücken und Darstellung möglicher Lösungen diese zu schließen. Diese Handlungsbereiche werden sich insofern auf die Industrie und die industrielle Produktion auswirken, als sie darauf abzielen, z.B. die Entwicklung von weniger umweltschädlichen Arzneimitteln zu unterstützen. Weitere wichtige Ziele sind die Förderung einer umweltfreundlichen Produktion, die Verbesserung der Umweltrisikobewertung, die Verbesserung des Abfallmanagements und die Ausweitung des Umweltmonitoring.

Die EU-Kommission hat außerdem eine neue Verordnung über die Herstellung von Generika und Biosimilars für den Export vorgelegt. Diese erlaubt Ausnahmen vom Schutz durch ergänzende Schutzzertifikate (SPC) für Exportzwecke und/oder die Lagerung. Die neue Verordnung erlaubt insbsondere den Export in ein Nicht-EU-Land, in dem der Schutz abgelaufen ist oder nie bestanden hat, sowie die Bevorratung für den EU-Markt während der sechs Monate vor Ablauf des SPC.

Das Netzwerk diskutierte verschiedene gewerkschaftliche Ansätze im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Ein Schwerpunkt lag auf Flexibilität und Telearbeit sowie die möglichen positiven und negativen Auswirkungen auf psychosozialen Stress. Ein kontinuierlicher Austausch ist auch weiterhin vorgesehen.

Erstmals stand das Thema Organising auf der Tagesordnung des Netzwerks. Der strategische Ansatz von industriAll Europe wurde diskutiert, und die Teilnehmer\*innen tauschten sich über eigene aktuelle Initiativen aus. Die Frage, wie ein Branchennetzwerk zu Organising beitragen kann, wird auch bei künftigen Sitzungen auf der Tagesordnung stehen.

#### **Schiffbau**

Das Netzwerk Schiffbau hat folgende Prioritäten festgelegt: eine künftige Industriepolitik für die Branche (einschließlich der Forderung nach LeaderSHIP 2030), Kampf gegen globale Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrung sowie Verbesserung der gewerkschaftlichen Beziehungen in ganz Europa.

Die europäische maritime Technologiebranche braucht dringend eine neue überarbeitete industriepolitischen Strategie, in deren Mittelpunkt die Beschäftigten stehen. Nach der Veröffentlichung von Studien, die von der Europäischen Kommission und der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) in Auftrag gegeben wurden, forderte industriAll





Europe die Europäische Kommission auch weiterhin auf, so bald wie möglich eine LeaderSHIP-2030-Strategie auszuarbeiten.

IndustriAll Europe unterstützte die CCMI beim Entwurf einer Initiativstellungnahme "Die LeaderSHIP-2020-Strategie als Vision für die maritime Technologiebranche: hin zu einer innovativen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen maritimen Branche im Jahr 2020". Mitglieder des Netzwerks nahmen außerdem an der offiziellen Anhörung 2017 teil, und industriAll Europe hielt vor europäischen Entscheidungsträger\*innen eine Präsentation zum Erfordernis einer neuen Industriepolitik, die sich auf den Schutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa konzentriert.

Globale Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrung sind weiterhin die größten Bedrohungen für die maritime Technologiebranche in Europa – sie waren auch die Hauptursachen für den großen Crash in der europäischen Schiffbaubranche 2007/2008. Eine internationale, rechtlich bindende Vereinbarung ist dringend erforderlich, um faire globale Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. IndustriAll Europe arbeitet auch weiterhin gemeinsam mit der EU-Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten in der OECD-Arbeitsgruppe 6 an der Einführung dieses dringend erforderlichen Mechanismus.

Die gewerkschaftliche Koordinierung und die Gewährleistung hoher Sozialstandards bleiben von zentraler Bedeutung. Zusätzliche Sitzungen der Kleinen Arbeitsgruppe haben das Maß an gewerkschaftlicher Koordinierung in ganz Europa erhöht, und das Netzwerk hat industriAll Europe beauftragt, europäische Mittel für die Durchführung eines Projekts zu beantragen, das sich auf die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Koordinierung zwischen europäischen Werften konzentriert.

Die Förderung und Überwachung hoher Sozialstandards haben für das Netzwerk Priorität und werden daher regelmäßig erörtert. Mitglieder des Netzwerks spielten eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung des ILO-Verhaltenskodex zu Sicherheit und Gesundheit im Schiffbau und bei der Schiffsreparatur. Der Kodex, der 2018 verabschiedet wurde, legt hohe globale Standards fest, um die Beschäftigten weltweit zu schützen.

IndustriAll Europe wird weiterhin mit IndustriALL Global zusammenarbeiten und deren Kampagnen gegen gefährliche Arbeitsbedingungen im internationalen Abwrackungssektor sowie zur Hongkong-Konvention unterstützen. Die Schaffung eines hohen Niveaus an Arbeitnehmerrechten weltweit bleibt ein weiterer Schwerpunkt für die europäische Gewerkschaftsarbeit.





# Textil, Bekleidung, Leder & Schuhe

Das Branchennetzwerk hat sich in den letzten Jahren aktiv an EU- und Sozialdialogprojekten beteiligt. Seit dem Kongress im Juni 2016 war industriAll Europe in sechs verschiedenen Projekten engagiert.

Neben diesen Projekten gehörten verantwortungsvolle Lieferketten - basierend auf Sorgfaltspflicht, Transparenz, Rückverfolgbarkeit - und faire Einkaufspraktiken zu den Haupttätigkeitsbereichen des Branchennetzwerks, aufbauend auf der Arbeit der OECD und von NGOs.

Das EU-Projekt "Textildienstleistungen" begann bereits vor dem Kongress (im Januar 2015) und lief bis November 2016. Dienstleistungsunternehmen in der Textilbranche pflegen, waschen und vermieten Textilien an gewerbliche Kunden (Hotels, Krankenhäuser und Industrie). Diese Branche wächst rasant, bietet allerdings schlechte Arbeitsbedingungen. Das Projekt verfolgte zwei Ziele: Beschäftigten einen klaren Überblick ihrer Branche und der großen, für sie bedeutsamen Trends zu geben und die Einrichtung Unterrichtungs- und Anhörungsgremien in vier transnationalen Unternehmen zu unterstützen. Ergebnis des Projekts waren ein Bericht über die strategische Situation der Branche und ihre Entwicklung sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Management dreier Unternehmen über die Einrichtung bzw. Erweiterung eines Europäischen Betriebsrates (EBR).

Von Januar 2018 bis November 2019 leitete industriAll Europe ein von der EU finanziertes Projekt zur Stärkung der Gewerkschaften in der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhbranche Südosteuropas. Die soziale Situation der TBLS-Beschäftigten in Südosteuropa (Kroatien, Serbien, Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Rumänien, Bulgarien) ist aufgrund niedriger Löhne (oft unter chinesischem Niveau), Unsicherheit, schlechter Arbeitsbedingungen und fast keinen Tarifvereinbarungen äußerst schlecht. Ziel des Projekts ist es, die Situation der Arbeitnehmer\*innen in diesen Unternehmen, die als Zulieferer für große Marken tätig sind, zu verbessern. Dies umfasst die Unterstützung der Organisingfähigkeiten der Gewerkschaften, die Förderung von Branchentarifverhandlungen und das Thematisieren der Einkaufspraktiken großer Marken. Bestehende globale Rahmenvereinbarungen bei einigen dieser Marken werden als Hebel genutzt, um die Bedingungen für die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben zu verbessern. Das Projekt begann mit einer Bestandsaufnahme der Situation der Gewerkschaften und der Lieferketten in der Region. Es folgten sechs nationale Workshops, in denen Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionär\*innen in Organisingtechniken und zu globalen Rahmenvereinbarungen geschult wurden. An einem Tag der Workshops diskutierten Arbeitgebervertreter, große Marken, Regierungen, Innovationszentren und NRO über Tarifverhandlungen als eine für alle Beteiligten vorteilbringende Einrichtung.



## Wehrtechnik (Ad-hoc-Netzwerk)

Die Verteidigungsbranche unterscheidet sich grundlegend von allen anderen Branchen im Aufgabenbereich von industriAll Europe: Sie ist nicht Gegenstand des Binnenmarkts. Generell gilt, dass Militärgüter nur nationalen Regelungen und Exportbeschränkungen (sogar innerhalb der EU) unterliegen und weder auf EU-Ebene genormt noch zwischen den Mitgliedstaaten gegenseitig anerkannt sind.

Nach der Veröffentlichung der "Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union" durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) im Juni 2016 und aufgrund wachsenden Sicherheitsbedenken in der EU hat der Rat viele Schritte in Richtung einer stärkeren Integration der EU-Rüstungsbeschaffung durch Mitgliedstaaten unternommen:

- 1. die Einrichtung eines ständigen militärischen Hauptquartiers durch die EU (unabhängig von der NATO)
- 2. die Synchronisierung der Rüstungsbeschaffung
- 3. die Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) zum Aufbau einer Verteidigungs- und Sicherheitskapazität mit bindenden gegenseitigen Verpflichtungen durch Mitgliedstaaten
- 4. die Bereitstellung öffentlicher Finanzierung der EU für Forschung und Entwicklung im Bereich Verteidigung sowie finanzieller Unterstützung durch die EU bei der Rüstungsbeschaffung.

Diese Veränderungen in der Nachfrage werden Konsequenzen auf Angebotsseite haben – und höchstwahrscheinlich zu grenzüberschreitender Konsolidierung mit möglichen Auswirkungen auf die Beschäftigten führen. Deshalb stellte das Ad-hoc-Netzwerk nach intensiven Diskussionen den Antrag für ein von der EU finanziertes Projekt, um diese Auswirkungen in den fünf wichtigsten Untersektoren (Land, Luft, Marine, Führungs- und Leitsysteme, Lieferketten) zu antizipieren und den Betriebsräten Instrumente für die Diskussion mit dem Management an die Hand zu geben. Dieses Projekt würde, wenn es von der Kommission akzeptiert wird, im Kongresszeitraum 2020-2024 umgesetzt werden.

Das Ad-hoc-Netzwerk Wehrtechnik hat seine Aktivitäten auf die Unterrichtung der Mitglieder über diese institutionellen Entwicklungen konzentriert, indem es Amtsträger aus Kommission und Parlament zu seinen Sitzungen einlud, um über Folgendes zu diskutieren:

- den europäischen Aktionsplan Verteidigung der Kommission
- das von der Kommission vorgeschlagene europäische Verteidigungsforschungsprogramm (EDRP)
- den Bericht des Parlaments zur europäischen Verteidigungsunion
- · den europäischen Verteidigungsfonds.







Das Ad-hoc-Netzwerk erörterte auch die Regeln für die Ausfuhr von Verteidigungsgütern, insbesondere die Ausfuhr in Nicht-EU-Länder. Die Praktiken der einzelnen Mitgliedstaaten in dieser Angelegenheit unterscheiden sich erheblich, was die unterschiedlichen politischen Ansichten sowie den unterschiedlichen Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit der nationalen Rüstungsindustrie von solchen Ausfuhren widerspiegelt.





# Sozialdialog Chemie & Pharma

IndustriAll Europe und die European Chemical Employers Group (ECEG), die Sozialpartner in der chemischen Industrie, die auch Chemikalien, Pharmazeutika, Kautschuk und Kunststoffe abdecken, arbeiteten seit 2015 an zwei Projekten, die beide Teil der Roadmap 2015-2020 sind.

Zur Projekthalbzeit im Dezember 2017 wurden die Ergebnisse der letzten drei Jahre präsentiert. Dies umfasste eine Bewertung der letzten zehn Jahre des Sozialdialogs in der europäischen Chemieindustrie sowie eine Bewertung des Anhangs zum Rahmenübereinkommen über Kompetenzprofile, das im Juni 2017 unterzeichnet wurde. Weitere Ergebnisse waren eine gemeinsame Position zu sozial- und beschäftigungsbezogenen Aspekten der Digitalisierung sowie der "Europäische Handlungsrahmen zu nachhaltiger Beschäftigung und Laufbahnplanung" und die Toolbox mit bewährten Praktiken der nationalen und europäischen Sozialpartner in Bezug auf nachhaltige Beschäftigung und Laufbahnplanung.

Es wurde das Mobilitäts-Mentoring-Portal gestartet, das sich aus einem Projekt zur "Förderung der freiwilligen Mobilität junger Beschäftigten in der europäischen Chemiebranche" mit FECCIA und ECEG heraus entwickelt hat.

Das Projekt "Die Auswirkungen der digitalen Transformation und Innovation am Arbeitsplatz: eine branchenspezifische Studie der europäischen Chemie-, Pharma-, Kautschuk- und Kunststoffindustrie in Europa" in den Jahren 2018 und 2019 stellt den aktuellen Stand, die Herausforderungen und die Möglichkeiten der Digitalisierung in Bezug auf Fertigkeiten, Gesundheit und Sicherheit



Die Sozialpartner der Chemiebranche unterzeichnen Empfehlungen zur digitalen Transformation, November 2019





sowie Arbeitsorganisation dar. Eine europaweite Online-Umfrage wurde durch zwei thematische Konferenzen in den Jahren 2018 und 2019 ergänzt. IndustriAll Europe und ECEG verpflichteten sich, die Zusammenarbeit in den Themenbereichen fortzusetzen und gaben Empfehlungen an ihre Mitgliedsorganisationen heraus, wie der digitale Wandel auf nationaler, lokaler oder betrieblicher Ebene bewältigt werden kann. Auf der Abschlusskonferenz des Projektes im November 2019 in Den Haag wurde eine formelle Erklärung unterzeichnet.

Es wurden mehrere gemeinsame Positionen unterzeichnet, z.B. zur Beibehaltung der Strukturen des Wissenschaftlichen Ausschusses für Grenzwerte berufsbedingter Exposition (SCOEL) und des Ausschusses für Risikobeurteilung (RAC) der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA), zum Brexit und zur Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene.

Darüber hinaus sind die Sozialpartner eine Zusammenarbeit mit VinylPlus, dem freiwilligen Programm für nachhaltige Entwicklung der europäischen PVC-Industrie, und den europäischen Kunststoffverarbeitern eingegangen, die mit einem Workshop zum Thema "Gesundheit und Sicherheit im Bereich PVC-Verarbeitung und -Verwertung" im Jahr 2018 begann. Die Partnerschaft soll die Aktivitäten der Sozialpartner in der Kunststoffindustrie fördern und verstetigen.

Ebenfalls auf der Tagesordnung standen die potenziellen Auswirkungen der europäischen Gesetzesinitiative für nachhaltige Finanzierung. Das Ziel dieses Vorschlags ist es, die Kapitalströme auf ökologisch nachhaltige Investitionen umzulenken. Es sollen Kriterien eingeführt werden, um die Nachhaltigkeit einer Wirtschaftstätigkeit zu messen und diese auf dem Finanzmarkt transparent zu machen. Industri All Europe und ECEG haben gemeinsam mehrere Abgeordnete des Europäischen Parlaments kontaktiert, um die potenziell nachteiligen Auswirkungen der vorgeschlagenen Taxonomie und der von Mitgliedern der zuständigen Ausschüsse des Europaparlamentes vorgeschlagen Änderungen zu erläutern.

Die von industriAll Europe und ECEG diskutierten Themen reichten von der Zukunft von REACH und der Europäischen Chemikalienagentur bis zur Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen, von der neuen Europäischen Arbeitsbehörde bis zur Verwendung von Passerelle-Klauseln, usw.

In ihrer Plenarsitzung im November 2019 beschlossen die Sozialpartner ein neues Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre. Während die Digitalisierung ein wichtiges Thema bleiben wird, liegt der Schwerpunkt auch immer wieder auf Arbeits- und Gesundheitsschutz, lebenslangem Lernen und der Gewinnung junger Menschen für die Branche.





# Sozialdialog Elektrizität

Im sektoralen Sozialdialogausschuss für die Elektrizitätswirtschaft diskutiert industriAll Europe zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und dem Interessenverband der Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) die großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen für den europäischen Elektrizitätssektor. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Diskussionen auf die Energiestrategie der Union, das Paket für saubere Energie sowie die langfristige Strategie "Ein sauberer Planet für alle".

In diesem Zusammenhang verabschiedete der sektorale Sozialdialogausschuss im November 2017 eine Erklärung zur Förderung eines gerechten Übergangs im Elektrizitätssektor.

Im Juni 2016 unterzeichnete der sektorale Sozialdialogausschuss eine Vereinbarung zur Festlegung eines Qualitätsrahmens für Praktika im europäischen Elektrizitätssektor. Mit dieser Vereinbarung definieren die Sozialpartner qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen für Praktikant\*innen und zielen darauf ab, prekäre Arbeitsbedingungen für junge Beschäftigte zu verhindern.

Ein wichtiger Aspekt des gerechten Übergangs ist die Antizipation des Qualifikationsbedarfs und der Anforderungen an die Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Die Sozialpartner haben diese Fragen in einem gemeinsamen Projekt behandelt. Das Ergebnis war ein Bericht mit



Projekt "Skills2Power», Workshop der Sozialpartner, Madrid, Februar 2020





einer Reihe von Empfehlungen an die Sozialpartner und ein Fahrplan der Sozialpartner in Bezug auf Fertigkeiten und Qualifikationen für die kommenden Jahre, der im Oktober 2018 angenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten die Sozialpartner der Elektrizitätswirtschaft außerdem ihre Zusage für die Europäische Ausbildungsallianz. Derzeit arbeiten sie an einem Folgeprojekt zur Förderung von Allianzen zwischen Berufsbildungsanbietern, Industrie und Sozialpartnern auf nationaler Ebene.

In jüngerer Zeit haben die Sozialpartner über einen Aktionsrahmen zu den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die Beschäftigten im europäischen Stromsektor verhandelt. Er wurde in der ersten Sitzung im Jahr 2020 verabschiedet. Die Sozialpartner haben außerdem begonnen, die Aushandlung eines Qualitätsrahmens für Praktika im Elektrizitätssektor zu erörtern. Die Entscheidung darüber hängt auch von den Fortschritten ab, die innerhalb des Aktionsrahmens für die Digitalisierung erzielt werden.

## Sozialdialog Rohstoffindustrien

Der europäische Sozialdialogausschuss für die Rohstoffindustrien hat weiterhin über die Umsetzung seines 2015 verabschiedeten Fahrplans für Fertigkeiten und Qualifikationen diskutiert. Nach einer Reihe von Präsentationen über nationale Praktiken wurde ein Sozialdialogprojekt zur "Förderung von Fertigkeiten und Qualifikationen im Bereich Gesundheit und Sicherheit im Bergbau" beschlossen, um durch verbesserte Schulung zur Erhöhung der Gesundheits- und Sicherheitsstandards in kleinen und mittleren Unternehmen beizutragen. Das Projekt begann im April 2019 mit dem Zusammentragen von Informationen über die aktuellen Bestimmungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Spanien und Polen, um anschließend länderspezifische Informationsblätter zu entwickeln und individuelle Schulungsmaterialien zur Verbesserung der Arbeitsschutzsysteme bereitzustellen.

Der Ausschuss hat die Entwicklungen in der Gesetzgebung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz genau verfolgt, insbesondere die Aktualisierung der Richtlinie für den Schutz vor Karzinogenen und Mutagenen und die aktualisierte Liste der Substanzen mit Grenzwerten für berufsbedingte Exposition. Vertreter\*innen der Sozialpartner sind auch in die Arbeitsgruppe Rohstoffindustrie des Beratungsgremiums für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz eingebunden, das die Europäische Kommission zur Gesetzgebung in diesem Bereich berät.

Ein weiterer Schwerpunkt für den Sozialdialogausschuss sind die Industriepolitik der EU und die sichere Versorgung mit Rohstoffen als Beitrag zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

IndustriAll Europe verfolgt aufmerksam die Diskussionen der EU-Plattform für Kohleregionen im Wandel und ist aktiv daran beteiligt.



# Sozialdialog Gas

2019 haben industriAll European Trade Union, der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) und Eurogas, das die Gasindustrie vertritt, ihren sektoralen Sozialdialogausschuss für die Gasbranche erneuert. Der 2007 eingesetzte Sozialdialogausschuss wurde auf Eis gelegt, nachdem Eurogas sich 2012 zurückgezogen hatte.

Auf Ersuchen einiger Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe und EGÖD und angesichts der Unsicherheiten, mit denen die Beschäftigten in dieser Branche vor dem Hintergrund des Ziels der Kohlenstoffneutralität bis 2050 konfrontiert sind, wandten sich die Gewerkschaften an Eurogas und die Europäische Kommission, um den sozialen Dialog wieder aufzunehmen. Ermöglicht durch den Wechsel in der Führung von Eurogas, die schnell voranschreitenden politischen Entwicklungen und die Tatsache, dass der Sozialdialogausschuss formell gesehen noch existierte, unterstützte die Kommission die Wiederaufnahme.

An der ersten Plenarsitzung nahmen mehr als 50 Personen teil, auch viele Vertreter\*innen der Arbeitgeberseite. Eine der ersten Aktivitäten dieses Ausschusses wird eine Studie über den zukünftigen Qualifikationsbedarf in der Branche im Hinblick auf die Dekarbonisierung sein. Darüber hinaus wird die Studie auch aktualisierte Beschäftigungszahlen für die Branche enthalten, da Daten für die EU-Ebene nicht verfügbar sind.

Der Ausschuss wird die Rolle von Gas in der langfristigen Strategie der EU zum Erreichen der Kohlenstoffneutralität (europäischer Grüner Deal) und das für 2020 erwartete Gas-Paket diskutieren. Er wird auch an seinem Verständnis eines gerechten Übergangs für die Arbeitskräfte der Branche arbeiten.

# Sozialdialog Metall- und Elektroindustrie

Der Sozialdialogausschuss für die Metall- und Elektroindustrie setzt sich aus zwei Ad-hoc-Arbeitsgruppen zusammen: der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung. Beide Arbeitsgruppen tagen einmal im Jahr und treffen dann zum Ausschussplenum zusammen.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung hat sich mit den Folgen der Digitalisierung in der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt.

Im Dezember 2016 verabschiedete das Plenum des Sozialdialogausschusses eine gemeinsame Position zu den Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt in der Metall- und Elektroindustrie. In diesem Positionspapier wird betont, dass die Digitalisierung ein wichtiger Bereich für den sozialen Dialog und eine Chance ist, den aktuellen technologischen Wandel zu gestalten, um den Nutzen





für unsere Branche in Bezug auf Wachstum und Arbeitsplätze zu maximieren. Dieses Dokument ist Ausgangspunkt für die Diskussionen und stellt eine erste Skizze dar, welche Probleme sich der Metall- und Elektrobranche und den Sozialpartnern eventuell stellen werden.

In der Ad-hoc-Gruppe Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung wurden bislang folgende Themen erörtert:

- Welche Fragen können sich aufgrund der verstärkten Überwachung der Produktion durch die Digitalisierung stellen?
- Welche Implikationen für Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Arbeits- & Gesundheitsschutz ergeben sich aus der Möglichkeit, jederzeit und von überall aus zu arbeiten?
- Wie wird sich die Automatisierung auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung in der Branche auswirken?
- Welche Ausgestaltung können wir gemeinsam für öffentliche bzw. EU-Initiativen zur Unterstützung der Digitalisierung von KMU empfehlen?

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung hat eine gemeinsame Vision der Herausforderung in Bezug auf Fertigkeiten aktiv vertieft und gefördert.

2017 verabschiedeten industri All Europe und CEEMET die gemeinsame Position "Eine Kompetenzagenda für Europa: es braucht keine neuen, sondern rasche Maßnahmen", die in einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung im EU-Parlament (Dinner-Debatte "Die Kompetenzherausforderungen der Metallund Elektrobranchen annehmen" am 21. Juni 2017) vorgestellt wurde.

2018 unterzeichneten industriAll Europe und CEEMET ihre Zusage im Rahmen der europäischen Ausbildungsallianz. Anlass war eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung im Ausschuss der Regionen (Konferenz "Die Zukunft der Arbeit in den Metall- und Elektrobranchen: berufliche Aus- & Weiterbildung stärken!" am 28. Juni 2018).



Luc Triangle, industriAll Europe, und Uwe Combüchen, CEEMET, unterzeichnen das Engagement des Sozialen Dialogs für die Lehrlingsausbildung, Juni 2018

Im Jahr 2019 begannen die Diskussionen über eine gemeinsame Position zu lebenslanger allgemeiner und beruflicher Bildung (erwartet für 2020). Die Gelegenheit eines neuen Europäischen Parlaments und einer neuen Europäischen Kommission haben industriAll Europe und Ceemet genutzt, um ihre langjährigen gemeinsamen Forderungen im Bereich Fertigkeiten und allgemeine und berufliche Bildung in einem Dokument zusammenzufassen. Dieses Dokument diente als Grundlage für die Lobbyarbeit und Treffen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments.





Darüber hinaus hat der Sozialdialogausschuss im Dezember 2018 zwei gemeinsame Positionen verabschiedet:

- zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
- zur Europäischen Säule sozialer Rechte (EPSR).

# Sozialdialog NEPSI (Europäisches Netzwerk Quarzfeinstaub)

Im Jahr 2017 führte die Überarbeitung der Richtlinie für den Schutz vor Karzinogenen und Mutagenen am Arbeitsplatz zur Annahme eines verbindlichen Grenzwertes von 0,1 mg/m³ für lungengängigen kristallinen Quarzfeinstaub. IndustriAll Europe setzte durch, dass die NEPSI-Vereinbarung in einem Erwägungsgrund der Richtlinie 2017/2398 als wertvolles und notwendiges Instrument für die Umsetzung der Richtlinie anerkannt wurde. Bei der zweiten Überarbeitung der Richtlinie im Jahr 2019 haben wir uns erfolgreich für die Aufnahme eines Artikels eingesetzt, der sicherstellt, dass die im Rahmen der Richtlinie geschlossenen Vereinbarungen der Sozialpartner auf der Internetseite der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) aufgeführt werden. Die Generaldirektion Beschäftigung bestätigte, dass die NEPSI-Vereinbarung die erste auf der Liste sein wird und den Maßstab für alle zukünftigen Sozialpartnervereinbarungen bilden wird.

Schließlich haben sich die NEPSI-Unterzeichner auch auf eine "Roadmap zur Zukunft von NEPSI" geeinigt. Diese umfasst spezielle Schulungsprogramme für neue Beschäftigte, ein komplettes Update der bewährten Verfahren und ein harmonisiertes Protokoll zur Expositionsmessung. Die NEPSI-Partner erhielten finanzielle Unterstützung der EU für die Umsetzung dieses Fahrplans.

# **Sozialdialog Papier**

Im November 2016 leitete der Sozialdialogausschuss für die Papierbranche ein Projekt zu künftigen Kompetenzanforderungen in der europäischen Zellstoff- und Papierbranche. Das Projekt konzentrierte sich auf die Ausbildungssysteme in acht Ländern und untersuchte, ob sie die Kompetenzen vermitteln, welche die Zellstoff- und Papierbranche benötigt. Das Ergebnis war eine Reihe politischer Empfehlungen, die in einer Projektbroschüre veröffentlicht wurden.

Im Anschluss an das Projekt haben CEPI, der Verband der europäischen Papierindustrie, und industriAll Europe beschlossen, gemeinsam die Finanzierung eines Folgeprojekts zu beantragen, das sich mit der Attraktivität des Papiersektors für junge Menschen befasst.





Im Juli 2018 verabschiedete der Sozialdialogausschuss eine Entschließung über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung im Zellstoff- und Papiersektor. Als Follow up verpflichteten sich die Sozialpartner, bewährte Praktiken zusammenzutragen.

Nach der Veröffentlichung der aktualisierten Bioökonomie-Strategie der EU im Jahr 2018 und einem speziellen Workshop zur Bioökonomie im Juli 2019 unterzeichneten die Sozialpartner im Oktober 2019 eine gemeinsame Erklärung zum Thema "Die zirkuläre Bioökonomie: eine Chance für Wachstum und Beschäftigung in Europa". Das Potenzial der Bioökonomie zum Erreichen der Kohlenstoffneutralität beizutragen und die Innovations- und Qualifikationsanforderungen werden ein wichtiges Diskussionsthema bleiben.

Sowohl industriAll Europe als auch CEPI sind außerdem an der Arbeit der von der Generaldirektion Wachstum einberufenen Expertengruppe für die Forstindustrie (F-BI) beteiligt. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Diskussionen auf den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und die Leitlinien zur kaskadischen Nutzung von holzartiger Biomasse. Kürzlich hat die F-BI ihre Vision für das Jahr 2050 vorgestellt, in der die Rolle der Forstindustrien bei der Stärkung der europäischen kohlenstoffarmen zirkulären Bioökonomie umrissen wird.

## Sozialdialog Schiffbau

Zu Beginn der Mandatsperiode wurde dem sektoralen Sozialdialogausschuss Schiffbau ein neuer Impuls gegeben. Die Mitglieder des Sozialdialogausschusses und der Kleinen Arbeitsgruppe, die die Vorbereitung der gemeinsamen Sitzungen unterstützt, überprüften die Arbeitsmethoden und erneuerten ihr Engagement für den sozialen Dialog. 2017 und 2019 wurde jeweils ein neues gemeinsames Arbeitsprogramm beschlossen, in dem konkrete, für die Gewerkschaften wichtige Maßnahmen aufgeführt sind.

Die Ausschusssitzungen wurden neu strukturiert, um sich auf thematische Schwerpunkte wie Globalisierung, Industriepolitik und Sozialpolitik zu konzentrieren, und es wurden europäische und internationale Experten, auch von OECD und ILO, zu den Sitzungen eingeladen.

Die Sozialpartner industri All Europe und Sea Europe haben zusammengearbeitet, um die Bedeutung der Branche für die EU-Wirtschaft, die Arbeitsplätze in Europa und die von dieser Industrie abhängigen Regionen zu verdeutlichen. Sie haben im Juli 2018 ein gemeinsames Schreiben an EU-Entscheidungsträger\*innen verfasst, in dem die strategische Bedeutung der Branche betont wird. Es nahm Bezug auf ein früheres gemeinsames Schreiben an die Kommission mit der Forderung, LeaderSHIP 2020 vollständig umzusetzen.

Die verstärkte gemeinsame Lobbyarbeit der Sozialpartner gegenüber dem EU-Parlament resultierte in einer schriftlichen Anfrage eines Abgeordneten an das EU-Parlament zur künftigen Industriepolitik für die Branche: Maritime Technologiebranchen und die Initiative LeaderSHIP 2020





(Mai 2018). Daran anschließend fand am 8. Oktober 2018 eine hochrangige Veranstaltung im EU-Parlament mit Politiker\*innen, Kommissionsvertreter\*innen, Experten und den Sozialpartnern statt.

In der Plenarsitzung 2019 verabschiedeten die Sozialpartner ihr gemeinsames Manifest "Maritime Technologie: Ein strategischer Sektor für Europa", das von den EU-Institutionen gut aufgenommen wurde. Dieses Dokument listete klare Forderungen für die Branche und ihre Arbeitnehmer\*innen auf und wurde genutzt, um bei den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten darauf hinzuwirken, dass dringende Maßnahmen ergriffen werden, um die Zukunft der Branche und die Tausenden von Arbeitsplätzen, die von dieser Branche abhängen, zu schützen.

Fertigkeiten bleiben ein wichtiges Thema, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Gewinnung von Menschen mit den richtigen Qualifikationen für die Branche, sondern auch für die Ermittlung der Qualifikationslücken in der Branche und der Mechanismen zur besseren Anerkennung von Qualifikationen und zur Höherqualifizierung der Arbeitnehmer\*innen als Antwort auf die Veränderungen im Zusammenhang mit Industrie 4.0. Die Sozialpartner erhielten finanzielle Unterstützung der EU für ihr Projekt "Upskilling Shipbuilding Workforce in Europe". Das Projekt läuft über 2 Jahre. 2019 wurden zwei erfolgreiche Workshops organisiert. Ein weiterer Workshop, eine Abschlusskonferenz und zu veröffentlichte Ergebnisse werden bis Ende 2020 erwartet.



Workshop des Projekts "Upskilling Shipbuilding Workforce in Europe», Cádiz, Dezember 2019





Die Sozialpartner haben sich weiterhin darauf konzentriert, das Image der Branche zu verbessern, und es sind jedes Jahr verschiedene Aktivitäten im Rahmen der Europäischen Maritimen Woche geplant.

# Sozialdialog Stahl

Im Rahmen des Sozialdialogausschusses Stahl von industriAll Europe und EUROFER finden weiterhin produktive Treffen statt, die zu abgestimmten gemeinsamen Aktionen führen. 2017 und 2019 wurde jeweils ein neues gemeinsames Arbeitsprogramm verabschiedet, das konkrete, für Gewerkschaften wichtige Themen auflistet, darunter weltweite Überkapazitäten, die Dekarbonisierung der Branche, Qualifikationen und die künftige Industriepolitik.

IndustriAll Europe setzte sich bei den politischen Entscheidungsträgern der EU für mehrere für die europäische Stahlindustrie und ihre Beschäftigten wichtige Fragen ein. Gemeinsam mit EUROFER unterzeichnete industriAll Europe das europäische Industriemanifest für freien und fairen Handel (Februar 2016). Die Sozialpartner verfassten außerdem ein gemeinsames Schreiben an Handelskommissarin Malmström, in dem gefordert wurde, dass Indonesien in die Liste der Entwicklungsländer im Rahmen der EU-Schutzmaßnahmen aufgenommen wird, um das Überfluten des EU-Markts mit billigem Edelstahl (das die europäischen Preise nach unten treibt) zu unterbinden.

Die Dekarbonisierung der Branche bleibt eine große Bedrohung für die Zukunft der Industrie und der europäischen Arbeitsplätze. 2016 wurde eine gemeinsame Position veröffentlicht ("Revision des EU-EHS post 2020: Klimaambitionen mit Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung vereinbaren") und die Sozialpartner übernehmen auch weiterhin eine aktive Rolle in der hochrangigen Gruppe der energieintensiven Industrien. Die Sozialpartner arbeiten gemeinsam an konkreten Forderungen zur Angleichung der globalen Wettbewerbsbedingungen durch Maßnahmen zur Kohlenstoffanpassung, die als eine Priorität der neuen Europäischen Kommission bestimmt worden sind.

IndustriAll Europe übernahm eine aktive Rolle beim EU-Stahltag von Eurofer in den Jahren 2018 und 2019. Dies ermöglichte es industriAll Europe, sich an der Debatte des Präsidenten zu beteiligen und den Vizepräsidenten der Kommission und den Vorsitzenden des Industrieausschusses im Europäischen Parlament direkt mit ihren Forderungen zu konfrontieren. Die Stärkung der Stimme der Gewerkschaften in den europäischen Debatten über die Zukunft der Stahlbranche bleibt eine Priorität.

Die Sozialpartner konzentrieren sich weiterhin darauf, gute Arbeitsbedingungen in der Branche zu gewährleisten. Qualifikationen bleiben ein wichtiges Thema, und industriAll Europe unterstützte den gemeinsamen Antrag für das Blueprint Skills-Projekt der Europäischen Kommission (Laufzeit





4 Jahre, Budget 4 Millionen Euro) für die Stahlbranche. Dieses Projekt ist angelaufen, und die Gewerkschaften übernehmen eine wichtige Rolle in dem Projekt.

## **Sozialdialog TBLS**

Sozialdialogprojekte machten einen großen Teil der Arbeit von industriAll Europe im Sektor Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe (TBLS) aus.

Das Projekt "Den europäischen Sozialdialog in der Textil- & Bekleidungsbranche stärken" lief von Januar 2016 bis Juni 2017. Ziel war die Stärkung der Fähigkeit und Bereitschaft nationaler Sozialpartner in der Textil- und Bekleidungsbranche, sich am Sozialdialog auf EU-Ebene zu beteiligen. Es umfasste eine strategische Analyse sowohl der industriellen Situation der Branche auf Basis statistischer Daten als auch des Stands des Sozialdialogs. Acht hochkarätige nationale Sitzungen der Sozialpartner endeten mit einer Abschlusskonferenz.

Von Juni 2015 bis Juni 2019 beteiligte sich industriAll Europe an zwei aufeinander folgenden Sozialdialogprojekten für ein Onlineinstrumentarium zur Bewertung von Risiken im Zusammenhang mit der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR). Die Bewertung erfolgt



Nationales Seminar in Rumänien, Januar 2019, TCLF-Projekt in Süd-Ost-Europa





auf Grundlage der Beziehung der KMU zu ihren unmittelbaren Lieferanten und der geografischen Lage dieser Lieferanten. Die Projekte zielten darauf ab, die technische Entwicklung dieses Tools abzuschließen, es mit realen Anwendern und mit Nichtregierungsorganisationen, die ethischen Handel zertifizieren, zu validieren und die KMU von seiner Anwendung zu überzeugen.

Zwei aufeinanderfolgende Sozialdialogprojekte befassen sich mit der Frage, wie junge Menschen für die Schuhbranche gewonnen werden können. Die Projekte laufen von März 2017 bis Dezember 2020 und zielen darauf ab, das Image der Schuhindustrie bei Absolvent\*innen weiterführender Schulen zu verbessern. Kombiniert werden (1) die Einführung von Mentoring in Unternehmen, (2) die Verbreitung technischer Innovationen, (3) die Verbesserung der Lehrlingsausbildung und (4) die Kommunikation (Erstellung eines Videoclips, Präsenz auf vier Messen und zwei aufeinander folgende EU-weite Wettbewerbe zur Schaffung eines neuen Produkts oder eines idealen Arbeitsplatzes).

Das digitale TBLS- Projekt lief von Januar 2017 bis Februar 2019. Projektziel war die Ermittlung des Bedarfs an neun neuen digitalen oder digitalisierten Berufen in den Branchen Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe. Es wurden Änderungen definiert, die Anbieter von beruflicher Aus- und Weiterbildung vornehmen müssen, um die nötigen Kompetenzen in entsprechendem Umfang zu vermitteln. Schließlich wurde auch ein innovatives Instrumentarium zur Anerkennung dieser neuen Qualifikationen auf EU-Ebene bestimmt.





# Gleichstellungspolitik

Der industriAll Europe- Kongress im Juni 2016 hat entschieden, dass die Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik eine ständige Arbeitsgruppe werden soll. Seitdem wurden die Themen Gleichstellung und Antidiskriminierung in einer politischen Resolution und in den politischen Prioritäten von industriAll Europe behandelt. Die Umsetzung dieser Prioritäten wurde in mehreren Sitzungen der Arbeitsgruppe diskutiert.

Der zentrale Fokus der ersten Sitzung nach dem Kongress im November 2016 lag auf der Ermittlung der politischen Themen, die die Arbeit von industriAll Europe bestimmen sollen. Der Aktionsplan "Gleiche Chancen für gleiche Rechte" wurde vom Exekutivausschuss am 13. Dezember 2017 verabschiedet. Er hat zum Ziel, die Chancengleichheit aller Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt zu fördern. In dieser Mandatsperiode konzentrierte sich die Arbeitsgruppe außerdem auf die Themen Gender, LGBTIQ und Menschen mit Behinderungen.

Das Positionspapier "Für eine faire Digitalisierung - die Geschlechterkluft schließen!" beschreibt die geschlechtsspezifischen Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels. Es wurde im November 2018 vom Exekutivausschuss verabschiedet.

Eine Kleine Arbeitsgruppe (SWP) hat gemeinsam mit Mitgliedern des Unternehmenspolitischen Ausschusses an einem Leitfaden zum Thema Gleichstellungspolitik für Europäische Betriebsräte



Die Arbeitsgruppe Chancengleichheit sagt "Stoppt Gewalt gegen Frauen", November 2019





(EBR) gearbeitet. Dieser beschreibt mögliche Themen für Diskussionen mit der Unternehmensleitung und/oder den Personalverantwortlichen, wie z.B. Einstellungspolitik, Zugang zu Schulungen, Auswirkungen von Umstrukturierungsmaßnahmen auf verschiedene Arbeitnehmergruppen sowie Mittel und Strukturen zum Umgang mit Belästigung usw.

Ein Mitgliederbereich auf der Internetseite von industri All Europe bietet den Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit, gute Beispiele auszutauschen (z.B. Vereinbarungen, Schulungsagendas usw.).

Die Arbeitsgruppe hatte einen intensiven Austausch über die Gewerkschaftsaktivitäten zu LGBTIQ und über mögliche gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene.

Das Sekretariat hat außerdem an Konferenzen und Anhörungen der Europäischen Kommission zu den Themen geschlechtsspezifisches Lohngefälle und Lohntransparenz, LGBTI-Gleichstellung und gewerkschaftliche Praktiken im Bereich Nichtdiskriminierung und Diversität teilgenommen.

IndustriAll Europe verfolgte außerdem die Entwicklungen in Bezug auf die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und nahm an der Anhörung im EU-Parlament am 21. Februar 2018 teil. IndustriAll Europe unterstützte die Medienkampagne des EGB mit dem Hashtag #IWantWorkLifeBalance.

IndustriAll Europe war Mitglied der Lenkungsgruppe des EGB-Projekts REBALANCE. Das von der EU finanzierte Projekt konzentriert sich auf "Maßnahmen von Gewerkschaften und Sozialpartnern zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Privatleben für Frauen und Männer".

# **Jugend**

Der industriAll Europe- Kongress 2016 beschloss die Einsetzung einer ständigen Jugendarbeitsgruppe, die beauftragt wurde, die spezifische Situation junger Beschäftigter in den Metall-, Chemie- und Textilindustrien zu diskutieren. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus von den Mitgliedsorganisationen nominierten Jugendvertreter\*innen zusammen.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe lag auf der Bekämpfung der erschütternd hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa – die in manchen Regionen bei bis zu 50 % liegt – und die Zunahme der prekären Arbeitsbedingungen infolge der globalen Wirtschaftskrise.

In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung fand vom 15. bis 17. Mai 2017 in Bratislava das "Jugendseminar 4.0" statt. Während dieses Seminars wurde das erste Positionspapier der Arbeitsgruppe mit dem Titel "Die Zukunft der Jugend gestalten" verabschiedet. Das Positionspapier enthält Analysen und Forderungen in Bezug auf vier Bereiche, die sich besonders auf die





Die Jugendarbeitsgruppe von industriAll Europe leistete einen Beitrag zur europäischen ILO/EGB-Konferenz zur Stärkung der Jugend im Dezember 2019

Beschäftigungsbedingungen für junge Menschen in Europa ausgewirkt haben: Digitalisierung & Innovation, Flexibilität, Praktika/ Ausbildung und Mobilität.

Wie vom Kongress beschlossen, fand jedes Jahr eine Sitzung der Arbeitsgruppe statt: am 16. November 2016, 27. März 2017, 27. März 2018 und 5. März 2019. Diese Sitzungen bieten den Mitgliedern der Arbeitsgruppe die Chance, sich auszutauschen und über die Themen zu diskutieren, die junge Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaftsaktivist\*innen in ganz Europa beschäftigen und die Agenda für das kommende Jahr zu gestalten.

Im Rahmen der "Workplace Week" im Mai 2018 beteiligten sich Mitglieder der Jugendarbeitsgruppe an exponierter Stelle an der EGB-Kampagne für Lohnerhöhungen. Kolleg\*innen aus dem Norden, Süden, Osten und Westen erläuterten die Probleme, vor denen sie in ihren Branchen, Unternehmen und Ländern stehen, und erklärten, warum junge Beschäftigte in Europa eine Lohnerhöhung brauchen.

Im Vorfeld der Europawahlen im Jahr 2019 traf sich die Arbeitsgruppe Jugend am 7. und 8. November 2018 in Zagreb, Kroatien. Dies war das erste Treffen im Rahmen einer Reihe, die industriAll Europe und die Friedrich-Ebert-Stiftung im Vorfeld des Kongresses 2020 ins Leben gerufen haben. Im Mittelpunkt dieses ersten Seminars stand die Auseinandersetzung mit den Megatrends, die unsere





Gesellschaft bedrohen und die sich besonders negativ auf junge Arbeitnehmer\*innen auswirken, wie Digitalisierung, Globalisierung, Dekarbonisierung und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft, aber auch der Aufstieg populistischer Parteien.

Im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2019 erarbeitete die Arbeitsgruppe Jugend ein Jugendmanifest, das die "Forderungen junger europäischer Arbeitnehmer\*innen für die Europawahlen 2019» umreißt. Das Jugendmanifest wurde vom Sekretariat und von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe beworben, die sich mit jungen MEP-Kandidat\*innen trafen, um ihre Forderungen vorzustellen. Mehr als 10.000 Menschen haben unser Jugendmanifest in den sozialen Medien gesehen, und etwa 400 Menschen haben es geteilt, darunter auch Kandidat\*innen für die Europawahl und das Europäische Jugendforum.

Im Jahr 2019 arbeitete die Arbeitsgruppe Jugend an einem neuen Dokument mit dem Titel "Beispiellose Herausforderungen bei der Gestaltung unserer Zukunft", das die Prioritäten für die Jugendarbeit von industriAll Europe umreißt: Bekämpfung von Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus durch Förderung unserer eigenen Werte; Verbesserung der Qualität unserer Arbeit durch Organising und Tarifverhandlungen; Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf Arbeitsplätze; Gestaltung der Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeitsplätze; Aus- und Weiterbildung; Demokratie am Arbeitsplatz; Verteidigung der Jugendvertretungssysteme auf Unternehmensebene. Das Dokument wurde in der Sitzung des Exekutivausschusses am 16. und 17. Mai 2019 verabschiedet.

Die erste Priorität "Bekämpfung von Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus" wurde während des FES-Seminars in Zagreb 2018 und bei den Aktionen zur Bekanntmachung des Jugendmanifests im Vorfeld der Europawahlen 2019 thematisiert. Es folgten Aktivitäten zur Förderung der nächsten Priorität "Verbesserung der Qualität unserer Arbeit durch Organising und Tarifverhandlungen". Am 18. und 20. September 2019 organisierte industriAll Europe in Zusammenarbeit mit dem ETUI in Budapest (Ungarn) ein Seminar zum Thema "Aufbau gewerkschaftlicher Macht und Organising junger Arbeitnehmer\*innen". Dabei handelte es sich um eine handlungsorientierte Schulung zum Aufbau von Kapazitäten, das junge Gewerkschafter\*innen bei ihren Aktivitäten zum Aufbau gewerkschaftlicher Macht unterstützen sollte.

Am 30. und 31. Oktober 2019 organisierten industriAll Europe und die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr zweites gemeinsames Seminar in Belgrad, Serbien. Dieses Seminar konzentrierte sich auf die "Verbesserung der Arbeitsqualität für junge Arbeitnehmer\*innen und Auszubildende durch Tarifverhandlungen". Der Schwerpunkt auf Kollektivverhandlungen war angesichts der "Together at Work"- Kampagne von industriAll Europe besonders relevant. Die jungen Teilnehmer\*innen des Seminars konnten ein tieferes Verständnis dafür entwickeln, wie Tarifverhandlungen in verschiedenen europäischen Regionen und Ländern funktionieren, und durch den Austausch bewährter Verfahren voneinander lernen. Sie konnten sich auch auf ein aktives Engagement in der Kampagne vorbereiten, insbesondere im Zusammenhang mit dem spezifischen Monat für jungen





Beschäftigte, der sich auf die Vorteile von Tarifverhandlungen für junge Arbeitnehmer\*innen konzentrierte. Die Arbeitsgruppe erarbeitete außerdem ein Dokument, in dem die Position der Jugend zu Tarifverhandlungen dargelegt wurde.

IndustriAll Europe leistete einen aktiven Beitrag zum EGB-Projekt "Junge Arbeitnehmer\*innen in die europäische Säule sozialer Rechte einbeziehen", das 2019-2020 läuft. Ziel dieses von der EU finanzierten Projekts ist es, bewährte Praktiken der nationalen Gewerkschaften zu ermitteln und eine Toolbox für die grundsätzliche Berücksichtigung eines Jugend-Ansatzes in Tarifverhandlungen, dem sozialen Dialog und den strategische Ansätze der Gewerkschaften in ganz Europa zu erreichen. Auf der Grundlage von Umfrageergebnisse wird der EGB-Jugendausschuss eine gesamteuropäische tarifpolitische Strategie für die bestimmten Gruppen vorschlagen. In der ersten Phase des Projekts wurde eine Umfrage über Tarifverhandlungs- und Sozialdialogpraktiken, einschließlich spezifischer Klauseln für junge Arbeitnehmer\*nnen durchgeführt. In der zweiten Phase sind drei regionale Workshops in ganz Europa geplant. Der erste fand am 24. und 25. Oktober 2019 in Frankfurt am Main (Deutschland) statt, und die beiden anderen Workshops werden 2020 in Rumänien und Frankreich organisiert.

Schließlich ist industriAll Europe dabei, in Zusammenarbeit mit dem ACTRAV der IAO ein Projekt zur Stärkung der Stimmen junger Arbeitnehmer\*innen für die Zukunft der EU-Industrie zu entwickeln. Das Projekt ist für 2020 geplant und sieht ein Schulungs- und Wissensaustauschprogramm vor, das die Fähigkeit junger Mitglieder stärken soll, die Herausforderungen der Digitalisierung, Dekarbonisierung und der Energiewende zu bewältigen. In diesem Projekt befasst sich industriAll Europe mit zwei weiteren Prioritäten, die von der Arbeitsgruppe Jugend festgelegt wurden, nämlich "Gestaltung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitsplätze" und "Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf die Arbeitsplätze".

## **Angestellte**

Der Zweck und Status der Angestelltenarbeitsgruppe wurden vom zweiten Kongress von industri All Europe 2016 aktualisiert.

In ihrem neuen Zuschnitt hat die Arbeitsgruppe ihren Arbeitsplan mit folgenden Punkten festgelegt:

- 1. Angestellte in der Industrie gewerkschaftlich organisieren
- 2. Spezifische Aspekte der Digitalisierung der Industrie
  - a. Crowd- und Plattformarbeit
  - b. (Automatisierte) Verarbeitung arbeitnehmerbezogener Daten
  - c. Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Arbeitszeiten
  - d. Folgen der Digitalisierung für Beschäftigung und Arbeit (über Plattformarbeit hinaus)





- 3. Beteiligung an bereits laufenden Kampagnen
  - a. Kampagne "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"
  - b. Whistleblower-Kampagne

Die Arbeitsgruppe hat mit der Umsetzung dieses Plans begonnen.

#### Angestellte in der Industrie organisieren

Die Arbeitsgruppe hat einen Plan zur Unterstützung des gewerkschaftlichen Organisings von Angestellten in den Mitgliedsorganisationen von industriAll Europe erarbeitet. Er umfasst:

- eine allgemeine Online-Umfrage
- die Berücksichtigung der Berufswege der Angestellten in der Organisingstrategie
- die Ausrichtung an Student\*innen und Praktikant\*innen als zukünftige Angestellte

#### **Crowd- und Plattformarbeit**

Eine Umfrage unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und des Tarif- und Sozialpolitischen Ausschusses ermittelte die Arten von Crowd- und Plattformarbeit, die in der Industrie am häufigsten sind. Die Umfrage zeigte, dass Aufgaben in der industriellen Forschung und Innovation diejenigen waren, die am ehesten als Crowd- und Plattformarbeit ausgegliedert wurden, da sie projektbezogen und am PC durchführbar sind.

#### (Automatisierte) Verarbeitung arbeitnehmerbezogener Daten

Eine Umfrage unter den Mitgliedern der Arbeitsgruppe ermittelte die Arten von Daten, die über die Beschäftigten in der Industrie erhoben werden. Das vorläufige Fazit der Umfrage lautet, dass ein Teil der automatisierten Datenerhebung und -verarbeitung Arbeiter\*innen betrifft. Die Verwendung von Software zur "Mitarbeiterbeurteilung" auf der Grundlage von maschinellem Lernen wurde hingegen als spezifisch für Angestellte angesehen. Die genauen Auswirkungen der kürzlich in Kraft getretenen Allgemeinen Datenschutzverordnung müssen bewertet werden.

#### Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Arbeitszeit

Die Arbeitsgruppe erörterte, wie das Recht auf Nichterreichbarkeit in den Mitgliedstaaten umgesetzt wird und wie effektiv diese Umsetzung ist.

#### Whistleblowing-Kampagne

Die Arbeitsgruppe verfolgte mit dem Council of European Professional and Managerial Staff (Eurocadres) aufmerksam die Entwicklungen, die im April 2019 zur Verabschiedung der Whistleblower-Schutzrichtlinie führten.





www.industriall-europe.eu



